

Rückblick 2010 und Ausblick 2011 – von Cornelia Kerth und Heinrich Fink

Rechte Radikalisierung der Mitte gebietet Widerstand

2010 war ein Jahr großer politischer Herausforderungen – nicht nur für Antifaschist/Innen.

- ▼ Der Krieg in Afghanistan, in dem das Land, das angeblich »aufgebaut« werden soll, weiter zerfällt,
- ▼ weitere Zuspitzung in nahezu allen anderen »Krisenregionen«,
- ▼ Naturkatastrophen wie in Haiti und Pakistan, in denen die »Weltgemeinschaft« die Opfer weitgehend einem elenden Schicksal überlässt,
- ▼ die Verseuchung des Golfs von Mexiko mit aus dem Meeresgrund sprudelndem Öl,
- ▼ die klare Perspektive, dass der Klimawandel weite Regionen der Erde in naher Zukunft unbewohnbar machen wird, wenn nichts geschieht – alle diese Menschheitsfragen stehen offensichtlich nicht wirklich auf der Agenda der Mächtigen dieser Welt.

Die Bundesregierung verlängert AKW-Laufzeiten, macht die Bundeswehr zur Profi-Einsatztruppe zur Wahrung »deutscher Interessen« bei der Rekolonisierung der

Welt, zementiert die soziale Spaltung des Landes und verhöhnt die »Verlierer« mit einer 5-Euro-Erhöpfung ihrer Bezüge. Pro Köln, Pro NRW, Pro Deutschland, Sarrazin und andere Modergewächse gedeihen auf dem Boden, der so geschaffen wird. Während »Deutschland« unaufhaltsam seine Duftmarken in die Welt setzt, wird »Deutschland schafft sich ab« dank Dauerwerbung auf allen Talk-Sesseln zum Bestseller, mit dem Rassismus und Chauvinismus im öffentlichen Diskurs einen neuen Schub bekommen.

Die Mitte rückt nach rechts

Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung »Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland« macht deutlich, dass die Rechtsentwicklung in den Köpfen, die in der Bundesrepublik über genau diese Schiene läuft, erschreckende Ausmaße erreicht hat. Die zuständige Ministerin fährt Programme gegen Rechts zurück und stellt ihnen mit dem eingesparten Geld Programme gegen »Linksextremismus« und »Islamismus« entgegen, verbunden mit

der Auflage politischer Ergebnissadressen als Voraussetzung für den Zugang zum Fördertopf. Die NPD schließt sich mit der DVU zusammen und erhöht so vor allem ihre Einnahmen, um sich gezielt auf die Wahlkämpfe des nächsten Jahres vorzubereiten.

Wir wollen ab 2011 mit einem »Wahl-Büro« Hilfestellung für die Kreis- und Landesvereinigungen leisten, damit wir in die Wahlkämpfe der nächsten beiden Jahre eingreifen können. Wir wollen Spenden einwerben und damit Materialien erstellen, die »vor Ort« dazu beitragen, dass wir einen wichtigen Schritt vorankommen: Keine Nazis in die Parlamente!

Viele Mitglieder der VVN-BdA haben sich am Widerstand gegen die herrschende Politik beteiligt, waren dabei in Gorleben, bei »Gerecht geht anders«, bei den Demonstrationen der Friedensbewegung. Vor allem waren unsere Kamerad/innen in der ganzen Republik das ganze Jahr über aktiv gegen das Auftreten von Nazis, meist im Bündnis mit vielen Anderen aus unterschiedlichen politischen Spektren, weil nur so den faschistischen Banden Einhalt zu gebieten ist.

Dresden blockiert die Nazis

So am 13. Februar in Dresden: Mehr als 10 000 Menschen verhiinderten mit Blockaden den als europaweit größten geplanten Nazi-Aufmarsch. Trotz massiver Kriminalisierungsversuche im Vorfeld konnte auch ein massiver Polizeieinsatz mit Kräften aus mehreren Bundesländern den Nazis keinen Weg durch die protestierenden AntifaschistInnen bahnen. Unsere sächsischen Kamerad/innen waren an der Vorbereitung des breiten Bündnisses beteiligt, wir haben mit Flyern und Blockade-Training das Recht verteidigt, den Faschisten entgegen zu treten, aus etlichen Landesverbänden sind Alt und Jung nach Dresden gefahren und haben mit allen anderen dazu beigetragen, dass sie nicht durchkommen.

Im August und September waren unsere Landes- und Kreisverbände in Baden Württemberg und Nordrhein-Westfalen gefordert: Nazi-Aufmärsche waren für Karlsruhe und Dortmund angekündigt. In **(Fortsetzung auf Seite 2)**

Bundesweit zahlreiche aktuelle Ausstellungstermine

»Neofaschismus in Deutschland«

WEIDA

10. bis 27. Januar
Rathaus
Mittwoch, 12. Januar, 14 Uhr:
Eröffnung der Ausstellung mit
Bürgermeister Werner Beyer
und Elke Pudszuhn (VVN-BdA
Thüringen).

RHEINMÜNSTER

26. Januar bis 2. Februar
Gemeinde Rheinmünster
Veranstalter: Aktionsgemein-
schaft Rössle/Söllingen

BREMEN

17. Januar bis 7. Februar
DGB-Haus,
Bahnhofplatz 22-28

18. Januar, 19 Uhr: Eröffnung
mit Annette Düring, DGB-Vorsit-
zende, Region Bremen-Elbe-We-
ser und Prof. Heinrich Fink, Bun-
desvorsitzender VVN-BdA
Öffnungszeiten: Mo bis Do 9 bis
18 Uhr, Fr 9 bis 14 Uhr.
Veranstalter: VVN-BdA Bremen,
unterstützt von ver.di Bezirk Nord

KAPPELN

24. Januar bis 12. Februar
Rathaus Kappeln, Reeperbahn 2
Veranstalter: Runder Tisch gegen
Nazis Kappeln

ILMENAU

28. Januar bis 19. Februar
Technische Hochschule Ilmenau

SCHWERIN

**31. Januar bis
25. Februar**
Stadthaus, Am
Packhof 2-6
27. Januar, 17
Uhr: Eröffnung
mit Oberbürger-
meisterin Angeli-
ka Gramkow
Öffnungszeiten:
Mo 8 bis 16 Uhr,
Di und Do 8 bis
18 Uhr, Fr 8 bis
13 Uhr, jeden 1.
und 3. Sa 9 bis
12 Uhr, Mi ge-
schlossen.
Veranstalterin: Stadt Schwerin

Neofaschismus in Deutschland



AUSSTELLUNG

Weitere Infos unter www.neofa-ausstellung.vvn-bda.de

(Fortsetzung von Seite 1)

Karlsruhe gelang es einem breiten Bündnis, den Marsch im Vorfeld zu verhindern – nach einstimmigem Votum des Stadtparlaments wurde die braune Veranstaltung verboten. In Dortmund brachte das Bündnis »Dortmund stellt sich quer« 15 000 TeilnehmerInnen auf die Straße, denen es gelang, die Nazi-Parade stark zu behindern. Die Behinderungsversuche der Polizei richteten sich dort leider einmal mehr gegen die protestierenden Antifaschisten.

Auch 2011 wollen die Nazis wieder in Dresden marschieren, auch am 13. Februar werden wir dabei sein, sie zu stoppen – auch mit Blockaden!

Tausende Argumente für ein NPD-Verbot

Pünktlich zum 8. Mai konnten wir unsere zweite nonpd-Kampagne mit 5000 Argumenten für ein Verbot der NPD abschließen. Sie liegen mittlerweile als Buch vor, das den politisch Verantwortlichen

in Bund und Ländern übergeben werden soll, damit diese unerledigte Forderung nicht aus dem politischen Diskurs verschwindet.

Ebenfalls zum 8. Mai konnten wir die jüngste Version unserer Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« präsentieren, die in zwischen landauf/landab an 50 Mal gebucht wurde. Mehrfach kam es zu politischen Kontroversen, weil CDU-Politiker versuchten, die Ausstellung wegen der Verweise auf Stichworte aus der politischen »Mitte« zu diskreditieren, erfreulicher Weise blieben diese Versuche ohne Erfolg. Die weitere Verbreitung der Ausstellung, zu der es nun auch ein gutes Nachbereitungs-Material für den Unterricht gibt, ist für 2011 unser Ziel.

In Dresden geht es den Nazis darum, den historischen Faschismus durch unzulässige Vergleiche und Relativierungen der deutschen Verbrechen zu entkriminalisieren. Wie auch bei Rassismus, Chauvinismus und Sozialdarwinismus stehen sie damit leider nicht in Gegnerschaft zum politischen

Mainstream, sondern haben ihn lediglich radikalisiert. Wir sehen uns zunehmend in ganz Europa, besonders in den ehemals realsozialistischen Ländern, mit einer ungeheuren Umschreibung der Geschichte des 20. Jahrhunderts konfrontiert, die sich auch im Europa-Parlament und anderen Institutionen niederschlägt. Fanden wir dort früher Unterstützung gegen deutsche Versuche, »zwei Diktaturen« gleichzusetzen, hat sich die Beschlusslage inzwischen radikal verändert.

Am 24. und 25. April nahmen mehr als 300 Menschen an unserer Konferenz »Einspruch – antifaschistische Positionen zur Geschichtspolitik« in der Berliner Humboldt-Universität teil. Zusammen mit der FIR und den Lagergemeinschaften haben wir Wissenschaftler und befreundete Organisationen eingeladen mit uns Position zu beziehen gegen den »antitotalitären« Diskurs in Europa, gegen Geschichtsrevisionismus und Erstarken des Militarismus, für die Bewahrung der Erinnerung an Opfer, Täter und Widerstand, für die

Einbeziehung der Organisationen der Überlebenden in die Darstellung ihrer Geschichte an den authentischen Orten, den Gedenkstätten. Zum 27. Januar erscheint der Dokumentationsband mit den Beiträgen der ReferentInnen.

Vorbereitung auf 22. Juni

2011 jährt sich der Überfall des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion zum 70. Mal. Nachdem die EU-europäische Beschlusslage nun in die Richtung einer »geteilten Kriegsschuld« weist und – insbesondere in den baltischen Staaten – die Nazi-Verbrechen zu nationaler »Befreiung« und die dortigen SS-Truppen zu »Helden« erklärt werden, während jüdische Partisanen vor Gericht gezerrt werden sollen, ist unsere öffentliche Stellungnahme zum 22. Juni 1941 eine dringende Aufgabe. Neben einer zentralen Veranstaltung wollen wir überall dafür sorgen, dass die historische Wahrheit über die »Aktion Barbarossa« nicht verdrängt werden kann.

Bundeskongress im April

Wichtigstes Ereignis im Organisationsleben in 2011 wird unser Bundeskongress, auf dem alle angesprochenen Probleme und unsere Handlungsoptionen besprochen und beschlossen werden sollen.

Wie an dieser Stelle schon gute Tradition, wollen wir am Ende dieses Jahres allen Kameradinnen und Kameraden für Ihr Engagement für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit danken. Die VVN-BdA lebt nur durch die Aktivitäten ihrer Mitglieder, seien es die alten Kameradinnen und Kameraden, die als »Zeitzeuginnen« gegen das Vergessen auftreten, seien es die vielen, die dafür sorgen, dass wir an vielen Orten als Organisation präsent bleiben und unsere Positionen lokal und regional einbringen können, seien es diejenigen, die den Widerstand gegen Militarismus, gegen Faschisten, Rechtspopulisten und Rechtsentwicklung organisieren und sich auf der Straße dem braunen Mob entgegenstellen. Wir wünschen Euch allen ein gutes und erfolgreiches Jahr 2011!

Cornelia Kerth/Heinrich Fink, Bundesvorsitzende VVN-BdA

Mecklenburg-Vorpommern: 5000 Statements für ein NPD-Verbot

Argumentenband den Fraktions-Chefs übergeben

Am 16. Dezember vergangenen Jahres hat der Landesvorsitzende der VVN-BdA in MV, Dr. Axel Holz, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag MV, Dr. Norbert Nieszery, und dem Fraktionschef der Linken, Helmut Holter, ein Buch mit 5000 Statements für ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD übergeben, darunter 600 persönliche Verbots-Gründe aus Mecklenburg-Vorpommern.

SPD-Politiker Norbert Nieszery betonte erneut seine Forderung nach einem NPD-Verbot. Linken-Fraktionschef Holter würdigte, dass das nonpd-Buch repräsentativ den ablehnenden und zugleich persönlichen Fokus vieler engagierter Menschen auf das rassistische Wirken der NPD zeige.

Auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hatte ihr Interesse an dem Buch bekundet, das in der Landtagsverwaltung am 17. Dezember übergeben wurde.

Sie betonte, wie wichtig das direkte Engagement vieler Menschen gegen die NPD im Rahmen der Initiative "Wir in MV" sei. Dass die staatlichen Mittel aus der Parteienfinanzierung und Landtagsarbeit nach wie vor die finanzielle Hauptquelle für das Wirken der NPD sei, wurde festgestellt. Im Gespräch machte der Kampagnenvertreter der VVN-BdA darauf aufmerksam, dass die NPD das

Zentrum der Neonazi-Aktivitäten in Deutschland bilde, erst recht nach der geplanten Bündelung der Neonazi-Kräfte durch die Vereinigung der NPD mit der DVU. Laut Artikel 139 des Grundgesetzes dürfte die NPD das Parteienprivileg nicht nutzen, sondern müsste verboten sein.

Das fordern neben DGB, Verdi, SPD und LINKEN auch die Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, sowie der Zentralrat der Juden und der Zentralrat der Sinti und Roma. Im Hinblick auf die Landtagswahlen 2011 wäre eine er-

neute Verbotsforderung gegenüber der NPD ein wichtiges Zeichen, um auf die Grundrechtsverletzungen durch die NPD aufmerksam zu machen, erläuterte Holz. Zudem hätten die vorgelegten Dokumente von fünf Innenministern glaubhaft belegt, dass die öffentlich zugänglichen Quellen für den Nachweis der Verfassungswidrigkeit des Wirkens der NPD voll und ganz ausreichen, um ein Verbot der NPD zu begründen, so Holz.

Der Streit um die Verwendung von Informationen, die von V-Leuten innerhalb der NPD gewonnen wurden, und deren Gerichtsverwertbarkeit sei somit völlig überflüssig, weil bei der Eröffnung eines neuen NPD-Verbotsverfahrens auf diese Informationen ohne Weiteres verzichtet werden könnte, bekräftigte SPD-Fraktionschef Nieszery im Gespräch.

Quelle: MVregio, Nachrichten für Mecklenburg-Vorpommern, Rostock, 18. Dezember 2010

Die Bejaranos

aus Hamburg und die Kölner Microphone Mafia auf gemeinsamer Bayern-Tour: Mitte November gastierten sie an drei aufeinander folgenden Tagen in Regensburg, Landshut und München.



Impressionen von der Veranstaltung von VVN-BdA und Petra-Kelly-Stiftung im Münchner Kulturhaus Milbertshofen: Esther Bejarano liest zum Auftakt aus ihrer Autobiographie »Wir leben trotzdem«. Und schließlich nach einem furiosen, zukunftsfröhlichen stimmenden Konzertfinale alle Künstlerinnen und Künstler noch einmal miteinander auf der Bühne: links von Esther ihr Sohn Joram und Rosario Pennino, rechts Edna Bejarano und Kutlu Yurtseven.

Bilder: Parvin Gharahman



Nazimärsche haben Nachspiel

Wer blockiert da die Grundrechte?

Mit einer »Feststellungsklage« haben sich Siegfried Benker, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Münchner Stadtrat, Florian Ritter, SPD-Landtagsabgeordneter, und Martin Löwenberg, Landesvorstandsmitglied der VVN-BdA Bayern, an das Bayerische Verwaltungsgericht gewandt. Vertreten durch Rechtsanwältin Angelika Lex richten sich ihre Klage gegen »Freistaat Bayern, Polizeipräsident München«. Es geht um den von Neonazis zum »Heldengedenktag« ausgerufenen 13. November 2010 in München, um deren genehmigten Aufmarsch und um das Vorgehen der Polizei gegen die von breiten Bündnissen getragenen Gegenaktionen.

Argumente gegen Schmähungen

Diskussion zu VVN-BdA und Verfassungsschutz in Augsburg

Um die Bespitzelung und Diffamierung der VVN-BdA durch den Verfassungsschutz ging es Ende November in Augsburg. Dr. Harald Munding von der Augsburger VVN-BdA konnte auf dem Podium Rechtsanwältin Angelika Lex, die auch das antifaschistische Dokumentationsarchiv a.i.d.a. bei dessen Auseinandersetzungen mit der Behörde vertritt, den VVN-Landessprecher und KZ-Überlebenden Ernst Grube und die Landtagsabgeordneten Harald Güller (SPD) und Bernhard Pohl (Freie Wähler) begrüßen.

Während die örtlichen Medien durch Abwesenheit glänzten, brachte die überregionale linke Tageszeitung *Junge Welt* einen größeren Bericht über die Veranstaltung. »Vor etwa 50 Zuhörern«, heißt es darin, »warf Pohl seinem Parlamentskollegen Güller vor, mit der im September beschlossenen Auf-

hebung ihres seit 1948 bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen die VVN habe die SPD lediglich ein Hindernis aus dem Weg räumen wollen, um gemeinsame Regierungskoalitionen mit der Linkspartei bilden zu können.« Güller habe dies zurückgewiesen und gefordert, die Überwachung der VVN durch den Verfassungsschutz endlich einzustellen.

»In der VVN, der er selbst angehört«, zitiert die Zeitung den Politiker, »sei man sich über sonstige politische Differenzen hinweg einig, Widerstand gegen rechtsextremistische und neofaschistische Positionen leisten zu müssen. Wenn er den Eindruck hätte, dass die VVN »von Kommunisten durchsetzt« sei, wie es Bernhard Pohl behauptete, dann wäre er sicherlich nicht Mitglied dieser Organisation. Aber es könne nicht sein, Kommunisten, die für ihre Überzeugungen verfolgt wurden, vom gemeinsamen Kampf gegen Nazis auszuschließen.«

Ernst Grubes Anmerkung, »dass es Kommunisten gewesen seien, die ihn nach dem Faschismus aufgenommen hätten und von denen er viel gelernt habe (...), provozierte Pohl zu der Aussage, es sei ein »Versagen der Demokraten« gewesen, dass Grube niemanden anders

als »die linken Rattenfänger« gefunden habe, um sich zu engagieren«. Mit solchen Schmähungen sei Pohl »bei seinen Mitdiskutanten auf Unverständnis« gestoßen.

»Ernst Grube seinerseits berichtete«, so heißt es in dem Artikel weiter, »wie er in Bündnisgesprächen mit Sozialdemokraten, Liberalen, Parteilosen und auch Autonomen um ein gemeinsames Vorgehen gegen neofaschistische Provokationen ringe.« Manche Aktionsformen Jüngerer finde er nicht richtig, »aber wichtig sei, darüber mit ihnen zu diskutieren«. Und es sei »ein Unterschied, ob man von der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen ausgehe – was alle Linken über alle sonstigen Differenzen eine –, oder aber von »höherwertigen« oder »minderwertigen« Menschen«.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.

Unser Konto:
VVN-BdA Bayern, Kontonummer 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

- In einem 13seitigen Schreiben begründet die von den Klägern als Prozessbevollmächtigte beauftragte Anwältin folgende Anträge:
1. Es wird festgestellt, dass die polizeilichen Maßnahmen, die bei der Versammlung (...) entlang dem Zugweg der Freien Nationalisten einen an mehreren Stellen zwischen 100 m bis zu 200 m breiten Korridor abgesperrt haben, rechtswidrig waren.
 2. Es wird festgestellt, dass die polizeilichen Maßnahmen, die (...) einen Zugang zur Mahnwache an der Lukaskirche (...) verhindert haben, rechtswidrig waren.
 3. Es wird festgestellt, dass die Aufstellung von Polizeifahrzeugen am Zugweg der Versammlung der Freien Nationalisten (...) zum Zwecke von Sichtblenden rechtswidrig war.«

Ausführlich werden in der Begründung die Sachverhalte geschildert, um die es bei den Anträgen geht. Hatte die Polizei doch mit riesigem Aufwand dafür gesorgt, dass der Aufmarsch von rund 120 Neofaschisten durch mehrere Stadtviertel ungehindert von den Protesten tausender Bürgerinnen und Bürger vorstatten gehen

(Fortsetzung auf Seite 4)

Redaktion: Ernst Antoni
 VVN-BdA Bayern
 Frauenlobstr. 24, 80337 München
 Tel.: (089) 531786
 Fax: (089) 5389464
 E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Wer blockiert Grundrechte?

(Fortsetzung von Seite 3)

konnte. Die Gegendemonstranten wurden meist so weit auf Abstand gehalten, dass die Nazis sie weder hören noch sehen mussten.

Besonders spektakulär waren die Maßnahmen an der Lukaskirche. Dazu in der Klageschrift: »Hier war zunächst von Herrn Gottschling, dem örtlichen Pfarrer von St. Lukas (...) eine Mahnwache (...) angemeldet worden. Da der öffentliche Verkehrsgrund wegen des Versammlungszuges der Freien Nationalisten von der Versammlungsbehörde nicht zur Verfügung gestellt worden war (...) wurde die Mahnwache auf die kirchengemeindeeigenen Portalstufen verlegt, mit der Zusicherung der Versammlungsbehörde, dass der Zugang zum Portal ermöglicht wird. (...) Der Zugang zur Mahnwache an der Lukaskirche, zu der die Münchner Bevölkerung vielfach eingeladen worden war (...) war durch Polizeiabsperrgitter und umfangreiche Polizeikräfte vollständig abgeriegelt. Auch auf ausdrückliche Aufforderung (...) wurde der Zugang verweigert.«

Theologen protestierten – Polizisten behindern sie

Bei der Auftaktkundgebung »München ist bunt« hatte unter anderem die Regionalbischöfin Susanne Breit-Kessler ausdrücklich zur Teilnahme an dieser Mahnwache aufgerufen. Aber nicht nur dort – überall entlang des »Heldengedenk«-Wegs der Nazis – verbauten offizielle »Blockaden« den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, von ihren Rechten Gebrauch zu machen.

»Der Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG«, so jetzt die Klageschrift, »umfasst die Meinungsäußerung – das Recht sich hören zu lassen – auch in der Form der Teilnahme an einer Demonstration und Protesten gegen eine Versammlung. (...) Die Kläger haben einen Anspruch darauf, dass die Möglichkeit, ihren Protest an den richtigen Adressaten zu bringen, nicht von der Polizei behindert wird. Dabei spielt es keine Rolle, ob derjenige, dem die Meinungsäußerung primär gilt, überhaupt bereit ist, die Meinung anzuhören;

Aus für den »Tønsberg-Laden«

In Nürnberg haben vielfältige Proteste etwas bewegt

»Wir sind hoch erfreut. In einem beispielhaften Zusammenwirken zwischen dem getäuschten Vermieters in der juristischen Auseinandersetzung und politischem Druck verschiedener zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es nach zwei Jahren gelungen, ein Zeichen zu setzen: Mit Szenekleidung von Nazis ist in Nürnberg auf Dauer kein Geschäft zu machen!«, schrieb Ulli Schneeweiß, Nürnberger Gewerkschaftsvertreter von ver.di, in einer Presseerklärung.

Zur Freude hatte er allen Grund: »Die rechtsextrem belastete Modemarke Thor Steinar wird ab 2011 nicht mehr in der Nürnberger Dr.-Kurt-Schumacher-Straße – in unmittelbarer Nähe des Nürnberger Gewerkschaftshauses – verkauft werden. Das Ladengeschäft »Tønsberg« zieht zum 6. Januar aus.«

Dem waren Jahre engagierten Protestes vorangegangen: »Die Gewerkschaft hatte seit Eröffnung Ende Oktober 2008 weit über 100 Aktionen, Kundgebungen und Mahnwachen vor dem Laden organisiert, um die Bevölkerung über



Jetzt der »Abschied«: Unter dem Motto »Neue Nazis tarnen sich« hatte ver.di seine Kampagne gegen den Tønsberg-Laden mit verschiedenen Plakat- und Postkartenmotiven begleitet. Besonders beeindruckte ein Großtransparent über mehrere Etagen an der Fassade des Nürnberger Gewerkschaftshauses – gegenüber vom braunen Klamotten-Geschäft.

die Hintergründe der Bekleidungs-marke und des Rechtsextremismus in Nordbayern aufzuklären«, heißt es in der Presseerklärung. An den Aktionen beteiligten sich neben

DGB und ver.di weitere Einzelgewerkschaften sowie ganz unterschiedliche Gruppierungen; auch die VVN-BdA trug zum Gelingen bei.

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten –

und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Januar:

Lina Haag, München, 104 Jahre; Anna Aechter, Herbsleben, 99 Jahre; Hilde Kaim, Bamberg, 88 Jahre; Herta Brich, Weiden, 87 Jahre; Hilde Prockl, München, 86

Jahre; Paula Baumeister, Wassertrüdingen, 85 Jahre; Erich Ude, Nürnberg, 80 Jahre.

Februar:

Hans Koller, München, 84 Jahre; Günther Martin, Hohenpeißenberg, 82 Jahre; KarDavid Heupel, München, 75 Jahre.

entscheidend ist die von staatlichen Eingriffen unbeeinträchtigte Chance, bestimmte auf öffentlichem Gelände sich bewegende Personen mit seiner Meinungsäußerung zu erreichen, ohne von der so definierten Zuhörerschaft getrennt zu werden (...) Gleichzeitig stellt das polizeiliche Handeln auch einen Eingriff in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit der Kläger aus Art. 8 GG dar.« Es

bleibt abzuwarten, ob die Klage Erfolg haben wird.

Von wundersamer juristischer Beflissenheit zeugt eine andere Maßnahme: »Gegendemonstration hat ein Nachspiel« (Süddeutsche Zeitung, 14. 12. 2010). Einige Demonstranten, die am 8. Mai 2010 dabei waren, als erfolgreich ein Naziaufmarsch in München blockiert werden konnte (**antifa** berichtete), hätten unlängst »Post

von der Staatsanwaltschaft bekommen«. Ermittelt werde wegen »erheblicher Versammlungsstörung«. »Auch wir haben blockiert heißt nun eine von einer Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterschriebene Solidaritätserklärung. Es scheint sich doch ein erfreuliches »erhebliches Grundrechtsbewusstsein« auszubreiten.

Ernst Antoni

Wenn es die Punks nicht gäbe

Limbach-Oberfrohna: Proteste nach dem Brandanschlag

Nachdem es in der Nacht vom 12. auf den 13. November 2010 einen rechtsmotivierten Brandanschlag auf das Vereinsgebäude des alternativen Vereins »Soziale und politische Bildungsvereinigung Limbach-Oberfrohna« gab, beteiligten sich eine Woche später etwa 200 Menschen an einer Demonstration gegen neonazistische Gewalt in der sächsischen Kreisstadt.

Die letzte Demo in Limbach-Oberfrohna liegt ein knappes dreiviertel Jahr zurück. Damals ging man auch gegen rechte Gewalt auf die Straße. Der Verein »Soziale und politische Bildungsvereinigung« wurde vor einigen Jahren als Antwort auf ständig steigende neonazistische Aktivitäten gegründet.

Nach dem Brandanschlag erfuhr man viel in den regionalen und überregionalen Medien über die Verhältnisse vor Ort. Dass diese Zustände nicht erst seit gestern herrschen, kommt jetzt manchmal zur Sprache. Zu groß ist das Erschrecken über deutsche Normalität.

Limbach-Oberfrohna ist eine normale Stadt, nicht besonders auffällig, tönnte es noch vor kurzem von der Polizei. Besondere Auffälligkeiten in Bezug auf eine rechte Szene gäbe es nicht. Die ausufernde Gewalt gegen alternative und linke Jugendliche wurde als alltägliche unpolitische Schlägereien von den Verantwortlichen in der Stadt dargestellt. Laut Oberbürgermeister müssen die Jugendlichen nur mal miteinander reden.

Was ist hier eigentlich los?

Wer wirklich in Limbach-Oberfrohna unerwünscht ist, bekam man schon auf dem Weg zum Versammlungsort mit. Unsinnige Polizeikontrollen und Auflagen für



Limbach-Oberfrohna im November 2010: Jugendliche Protestierer retten das Ansehen der Gemeinde. Bild: privat

Demonstrationsteilnehmer. Unweit entfernt durften in aller Ruhe Neonazis die verhassten „Linken“ beobachten - unbehelligt von der Polizei. Auf Nachfrage bei einem Beamten, warum das so ist, kam kurz und knapp die Antwort, es seien doch normale Jugendliche, und provozieren würden sie doch auch nicht.

Polizei drückt beide Augen zu

Zu den Teilnehmern der Demonstration gehörten auch der Bundestagsabgeordnete Jörn Wunderlich (DIE LINKE) aus Limbach-Oberfrohna und die sächsische Landtagsabgeordnete Freya-Maria Klinger (DIE LINKE). Eine weitere Solidaritätsbekundung gab es vom Förderverein »Tolerantes Sachsen«. Der Förderverein unterstützt diverse Initiativen und andere Vereine, die sich gegen Rassismus und Nationalismus engagieren. Das 10. Landestreffen fand aufgrund der derzeitigen Situation in Limbach-Oberfrohna statt. Einige Teilnehmer nahmen die Gelegenheit wahr und beteiligten sich am Sonnabend an der Demonstration.

Ein Mitarbeiter vom Kulturbüro Sachsen berichtete von einem Erlebnis am Abend vor der Demo. Er war mit einigen Teilnehmern der Podiumsdiskussion im Vorfeld des 10. Landestreffens noch in der Stadt unterwegs. Vor einer Kneipe provozierten mehrere Neonazis mit »Sieg Heil«-Rufen und dem

Zeigens des Hitlergrüßes. Die informierte Polizei unternahm nichts. Die Beamten wollten nichts gesehen haben.

Es ist erschütternd, was man aus Gesprächen mit Demonstrationsteilnehmern erfuhr. Viele, die wir ansprachen, kamen auf unterschiedliche Art und Weise mit neonazistischer Gewalt in Kontakt. Der Bundestagsabgeordnete Jörn Wunderlich erzählte, weil sich sein Sohn in der Punkszene bewege, gab es schon einen Angriff auf sein Haus. Es wurden Fensterscheiben eingeschlagen. Sein Sohn wurde aufgefordert, aus dem Haus zu kommen. An diesem Abend sollen sich etwa 30 Neonazis, teilweise mit Eisenstangen bewaffnet, in der näheren Umgebung aufgehalten haben. Bei der Vernehmung eines Täters gab dieser freimütig an: »Wir sind losgezogen, um Zecke zu klatschen.«

Ohne Punks und andere gäbe es auch keine Nazis. So scheint es hier die weit verbreitete Meinung unter den »normalen Bürgern« zu sein. Auf die Frage, was er von der Situation halte, antwortete einer der wenigen Zeugnisse: »Das Gesindel mit den bunten Haaren ist doch selber schuld.«

Drei Tage nach der Demonstration stellte sich ein Täter den Strafverfolgungsbehörden.

...Wenn es Punks und die Bildungsvereinigung nicht geben würde, wäre Limbach-Oberfrohna schon längst »National Befreite Zone«!

Peter Geyer

Respekt für AKuBiZ Pirna

VVN-BdA Sachsen gegen Extremismus-Vorwurf

Der VVN-BdA Sachsen nahm die Entscheidung des Alternativen Kultur- und Bildungszentrums (AKuBiZ) Pirna, die Annahme des Sächsischen Förderpreises für Demokratie zu verweigern, mit Respekt und Achtung zur Kenntnis. Die Koppelung einer Auszeichnung für bürgerschaftliches Engagement an eine Gesinnungsprüfung der Auszeichnenden und ihrer Partner steht dem eigentlichen Zweck dieser Würdigung diametral gegenüber.

Die Spende des Freundeskreises der Amadeu-Antonio-Stiftung für das AKuBiZ, mit der die weitere Arbeit dieses Zentrums materiell gestützt wird, findet unsere Hochachtung. Auch wir sind bereit, das Zentrum nach unseren Kräften zu unterstützen. Wir standen und stehen an der Seite der Freunde des AKuBiZ, wenn es um die Zurückdrängung des Neofaschismus, die Verhinderung neonazistischer Propaganda und Aufmärsche geht.

Wie dem Evangelischen Presbiterium vom 12.11.2010 zu entnehmen war, wurden dem AKuBiZ Verbindungen zu Linksextremisten und zur VVN-BdA vorgeworfen, was zur Forderung einer ominösen Anti-Extremismus-Erklärung führte. Für unseren Verband weisen wir den Vorwurf, extremistisch zu sein, entschieden zurück. Die Urheber einer solchen irigen Einschätzung fordern wir auf, diese Unterstellung mit Fakten aus der Tätigkeit des VVN-BdA Sachsen zu belegen. Dazu stellen wir ihnen gern unsere Landessatzung und unsere Publikationen zur Verfügung. Wir bieten dem sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz Gespräche an, bei denen wir unsere Konformität zur Verfassung des Freistaates sowie zum Grundgesetz nachweisen werden.

Peter Giersich
Sprecher VVN-BdA Sachsen

V.i.S.d.P: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

»Neofaschistische Gruppen verbieten!«

DGB-Vorsitzender Stefan Körzell bei der Landesversammlung der VVN-BdA Hessen

Am Samstag, den 30. Oktober 2010 fand im AWO-Zentrum in Frankfurt/M. die Landesversammlung der VVN-BdA Hessen statt, auf der sehr konkret und handlungsorientiert die Aufgaben antifaschistischer Politik diskutiert wurden.

Der Landesbezirksvorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, unterstrich in seinem ausführlichen Grußwort die enge Verbundenheit von DGB und VVN-BdA im Handeln gegen Rechts. Er verwies auf die Bedrohung durch Neonazis, wie sie konkret in Nordhessen in den vergangenen Monaten deutlich wurde. Gleichzeitig forderte er die VVN-Mitglieder auf, aktiv den gewerkschaftlichen Protest gegen die Demontage des Sozialstaats zu unterstützen. In seinem Grußwort überraschte er die Gäste mit der Information, dass vor wenigen Tagen nach über 60 Jahren der SPD-Parteivorstand den Unvereinbarkeitsbeschluss mit der VVN aufgehoben habe.

Körzell forderte erneut ein Verbot neofaschistischer Parteien und Organisationen, dazu zählten für ihn Parteien wie die NPD. »Grup-



Unsere Gäste auf der LDK: Stefan Körzell (r.), Vorsitzender des DGB Hessen-Thüringen, neben ihm Thomas Willms, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA, der die neue Neo-Faschismusausstellung vorstellte.

Bild: Kamran Nemat

pen wie die freien Kameradschaften, die besonders in Ost und Nordhessen ihr Unwesen treiben, gehören ebenso dazu. Ihre Brutalität macht selbst vor Polizisten nicht Halt. Unerträglich waren und sind aber auch die Überfälle auf ein Jugendzeltlager in Nordhessen vor zwei Jahren und der Angriff auf einen Gewerkschafter während seiner Heimreise von einer Demonstration in Dresden auf einer Autobahnraststätte in Thüringen.«

Diesem Treiben müsse der Gesetzgeber endlich ein Ende machen. Innenminister Boris Rhein könne hier einen Akzent setzen und sich damit von seinem Vorgänger, dem jetzigen Ministerpräsidenten,

abheben. In dem Zusammenhang äußerte sich Körzell besorgt über zunehmende rechtsextreme Einstellungen auch in der breiten Bevölkerung. Eine neue Studie der Friedrich-Ebert Stiftung zeige, dass immer mehr Deutsche eindeutig rechtsextreme und rassistische Meinungen hätten.

»Wenn mehr als ein Drittel der deutschen Bevölkerung sagt, Ausländer kommen nur, um den Sozialstaat auszunutzen und müssen wieder nach Hause geschickt werden, dann besteht dringender Handlungsbedarf.«

In der derzeitigen Integrationsdebatte können nach Körzells Meinung die Gewerkschaften eine Vorbildrolle übernehmen. Nirgends habe die Integration so gut funktioniert wie in den Betrieben und Verwaltungen. Dort hätten Migrantinnen und Migranten auch aus Nicht-EU-Ländern schon seit 30 Jahren das aktive und passive Wahlrecht. Das müsse auch in den Kommunen umgesetzt werden, so der DGB-Chef.

In der engagierten Debatte auf der Konferenz ging es um lokale Erfahrungen in der antifaschistischen Arbeit und um die Stärkung der Organisation. Dabei wurden auch die Probleme der Aktivierung vom Mitgliedern und der Einbindung jüngerer Antifaschisten nicht ausgeklammert. Ausführlich wurde die Arbeit mit der Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« vorgestellt und die gedenkpolitische Arbeit bilanziert.

Zum Abschluss verabschiedeten die Teilnehmenden die folgende Resolution:

»Die VVN-BdA Landesversammlung Hessen unterstützt die Initiative zur Errichtung einer Gedenkstätte KZ Katzbach/Adlerwerke, Frankfurt am Main. Wir bringen in die Diskussion insbesondere die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 11. Februar 1993 »Konzentrationslager als historische Stätten« ein und informieren die politische Verantwortlichen und die hessischen EU-Abgeordneten darüber.«

Grußwort der Jüdischen Gemeinden Hessens an die VVN-BdA-Konferenz

»Dem braunen Ungeist keinen Raum!«

In einer Zeit, in der Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zunehmend in der Mitte der deutschen Gesellschaft Wirkung zeigen, in der fremdenfeindliche Straftaten, wie auch insbesondere antisemitische Hetzparolen und Übergriffe zunehmen, ist es besonders wichtig eine so erprobte und erfahrene antifaschistische Organisation wie die VVN-BdA an der Seite der Angegriffenen zu wissen. Der große Max Willner war bis zu seinem Tode Mitglied.

Übergriffe und Hetze sind kein ausschließlich deutsches Phänomen. Die Wahlerfolge rechter Parteien in liberalen Ländern wie Schweden und den Niederlanden, so wie auch die französischen Maßnahmen gegen Sinti

und Roma erfüllen uns gemeinsam mit Sorge und Empörung. So sicher wie Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, so wichtig ist es, auch im vereinten Europa, den Vertretern braunen Ungeistes keinen Fußbreit Raum zu lassen. Das Erbe des deutschen Widerstandes ist Teil der stolzesten Tradition der deutschen Geschichte. Ihr verwaltet das politische Erbe von Männern wie Emil Carlebach, Peter Gingold und Alfred Marchand. Als Juden und Widerstandskämpfer bleiben sie Vorbilder.

Dr. Jürgen Gideon Richter
Vorsitzender des Landes-
ausschusses der Jüdischen
Gemeinden in Hessen

Wahlergebnisse der LDK Hessen

Mitglieder des Landes- sprecherinnen- und -Sprecher- Kreises (Landesvorstand):

Peter Altmann, Dieter Bahndorf, Rolf Heinemann, Kamran Nemat, Barbara Leissing, Cornelia Roch, Peter Christian Walther

Kassiererin

Monika Kanzler-Sackreuther

Mitglied im Bundesaus- schuss

Peter Christian Walther, stellvertretend Dieter Bahndorf

Revisionskommission

Peter Lob, Jan Stemme

Beschwerdekommision

Ottilia Altmann, Alexa Stolze, Horst Koch-Panzner

Alle Wahlen erfolgten einstimmig.

Erfolgreicher Start in Nordhessen

Neue Neofaschismus-Ausstellung der VVN

Etwa 50 Besucher aller Altersgruppen fanden sich am 30. November 2010 im Kasseler Gewerkschaftshaus ein, um Informationen über die aktuelle Situation der faschistischen Kräfte in Nordhessen zu erhalten.

Die Veranstaltung von Arbeit und Leben, DGB Region Nordhessen und VVN-BdA Kreisvereinigung Kassel, auf der Sozialwissenschaftler Helge von Horn einen Überblick zum Organisationsgrad und zum Auftreten von Neonazis in Stadt und Landkreis Kassel sowie im Schwalm-Eder-Kreis gab, war die Eröffnungsveranstaltung für die Präsentation der Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« in verschiedenen Orten Nordhessens.

Auch wenn durch die gewalttätigen Übergriffe auf Jugendliche in

einem Solid-Sommercamp oder die Überfälle auf nordhessische Gewerkschafter nach der Dresden-Demonstration im Februar 2008 die regionale Nazi-Szene bundesweit in die Schlagzeilen geraten war, sind hier die Strukturen noch weniger entwickelt. Besorgnis dürften aber die engen Kontakte zu freien Kameradschaften in Niedersachsen und in Thüringen auslösen. Hier finden die nordhessischen Neonazis ihre Netzwerke.

In seiner Begrüßung erläuterte Ulrich Schneider für die Kasseler Kreisvereinigung der VVN-BdA die Entstehung dieser fünften Ausgabe der Neofaschismus-Ausstellung und betonte die Bedeutung der Verbindung zu den Gewerkschaften in dieser Frage. Holger Kindler unterstrich als Vertreter des DGB-Nordhessen, dass die Präsentation im Kasseler Gewerk-



Unsere Aussage zum Faschismus ist auch auf öffentlichen Gebäuden präsent – das Foto stammt aus Friedberg. Bild: Heinemann

schaftshaus erst der Auftakt für eine Präsentation in verschiedenen Städten der Region darstellen werde. Auch das Projekt »Gewalt geht nicht! – Wir im Schwalm-Eder-Kreis. Gemeinsam. Tolerant. Aktiv.« formulierte ein großes Interesse, die Ausstellung im Frühjahr in Jugendzentren und ähnlichen Einrichtungen zu präsentieren.

Anfang Februar dieses neuen Jahres wird sich dazu auch das »Bündnis gegen Rechts« treffen, um politische Initiativen im Rahmen des hessischen Kommunalwahlkampfes zu diskutieren. Die Neofaschismus-Ausstellung ist dabei ein wichtiges Instrument der politischen Aufklärungsarbeit.

U. Schneider

Nachhilfe gegen extreme Rechte

Aufsätze zur Lehrerbildung in Sachen Neofaschismus

In der Vergangenheit haben wir uns als Antifaschisten mehrfach kritisch mit der hessischen Bildungspolitik beschäftigt. Diesmal haben wir Grund zu loben. Das Amt für Lehrerbildung, das für die Ausbildung der Referendare, aber auch für die Fortbildung der Lehrkräfte zuständig ist, veröffentlichte im Oktober 2010 eine Aufsatzsammlung mit dem Titel »Schule mit Courage – Rechtsextremismus als pädagogische Herausforderung«.

In dem Vorwort des Leiters des Amtes für Lehrerbildung heißt es

über die Entstehung dieses Buches: Es »ist das Ergebnis der intensiven Arbeit einer 50-köpfigen Arbeitsgruppe aus Lehrkräften, Lehrkräften im Vorbereitungsdienst, Ausbilderinnen und Ausbilder der Studienseminare, Lehramtsstudierenden und Schülervertretern.«

Eingeleitet durch einen Beitrag von Klaus Moegling, der das Thema in den Kontext der schulischen politischen Bildung einordnet, finden sich hier 16 Unterrichts Anregungen von der Klasse 8 bis zur gymnasialen Oberstufe. Die thematische Bandbreite ist auffällig: Es geht um Spurensuche und Zeitzeugeninterviews, wobei sowohl die Verfolgten, als auch die Mitläufer zum Reflexionspunkt werden. Zwei Beiträge beschäftigen sich mit der literarischen Verarbeitung der Thematik, so dass der Zugang nicht allein über das Fach Politik, sondern auch in Deutsch möglich ist. Andere Unterrichtsentwürfe reflektieren die Thematiken Menschenrechte, Migration und Inte-

gration, Nahost-Konflikt oder Strukturen, Symbole und Musik der extremen Rechten.

Alle Projekte wurden praktisch mit Klassen erprobt, bevor sie in diesem Sammelband aufgenommen wurden. Der Sammelband richtet sich an den Praktiker in den Schulen, der Anregungen und Vorschläge für die Umsetzung dieses Themas für den Unterricht sucht.

Die eigentlichen Motoren des Projekts waren Frank Ernemann und Geert Platner. Letzterer ist manchen noch ein Begriff, da er vor vielen Jahren mit Schülern das Thema »Schule im Dritten Reich« bearbeitete. In dem gleichnamigen Buch findet man u.a. die eindrucksvollen Erinnerungen von Emil Carlebach über Lernen im KZ Buchenwald. **Ulrich Schneider**

Schule mit Courage – Rechtsextremismus als pädagogische Herausforderung, 194 S., hrsg. vom Amt für Lehrerbildung Hessen, 2010 ISBN 978-3-88327-586-4

800 Straftaten pro Jahr

Rechtsextremismus Dauerproblem unter Jugendlichen

Bei einer öffentlichen Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages ergab eine offizielle Bestandsaufnahme für das vergangene Jahr rund 800 rechtsextreme Straftaten.

Der Rechtsextremismus bei Jugendlichen sei zu einem dauerhaften Problem geworden, erläuterte Professor Benno Hafener von der Uni Marburg. Rechtsextreme Gruppen, wie Kameradschaften und die »Freien Kräfte Schwalm-Eder« treten inzwischen seit über zehn Jahren auf. Vornehmlich auf kommunaler Ebene gelinge es den Rechten, Fuß zu fassen.

Der Wissenschaftler zitierte eine Umfrage, nach der rund ein Viertel der Befragten fremden- und schulenfeindliche Einstellungen vertreten und sich gegen Obdachlose und Langzeitarbeitslose wenden.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93, 60318 Ffm,
Tel. und Fax: (069) 597 0524

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

**Landgericht Bochum:
Bizzarrer Prozess
ging in vierte Runde**

Sie wurde nie geworfen: Die Torte, die jetzt in Bochum zum vierten Gerichtsprozess führte. Der linke Aktivist und Medienmacher Martin Budich soll im Internet zu Gewalttaten gegen Nazis aufgerufen haben. Und zwar mittels einer Comicfigur, die – je nach Sichtweise – eine Torte oder eine Bombe in der Hand hält. Doch im vierten Prozess machte das Landgericht dem staatsanwaltlichen und amtsrichterlichen Unfug ein Ende. Zum Freispruch erklärte VVN-BdA-Aktivist und Ratsmitglied Günter Gleising: »Das skandalöse Urteil einer Amtsrichterin hatte vor dem Bochumer Landgericht keinen Bestand. Eine breite Protestbewegung hat mitgeholfen, dass ein Angriff auf die Meinungsfreiheit und auf politisches Engagement verhindert wurde.« Gefordert wird, dass die Staatsanwaltschaft nun endlich auf Revisionen verzichtet.

**Gedenkstätte Wevelsburg:
Ausstellung zur
Geschichte der SS**

Im Oktober lud der Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf zu einer Exkursion zur Wevelsburg nahe Paderborn ein.

Als Nebenresidenz der Paderborner Fürstbischöfe erbaut, wurde das Dreiecksschloss 1934 von Himmler gepachtet und sollte das ideologische Zentrum der SS werden. Nur wenig davon entfernt befand sich das KZ Niederhagen, wo mindestens 1285 Menschen an den grausamen Lebens- und Arbeitsbedingungen und den Misshandlungen der SS starben.

Die Wevelsburg ist ein Ort der Opfer ebenso wie ein Ort der Täter. Nachfolger der Letzteren »wallfahren« gelegentlich dorthin, nicht zuletzt wegen der in der Nazimystik bekannten »Schwarzen Sonne«, ein Symbol, das in den Boden des Schlossturms eingelassen ist.

Die neue Dauerausstellung präsentiert auf 850 qm Ausstellungsfläche weltweit zum ersten Mal die Gesamtgeschichte der SS. Der Historiker Oliver Nickel gestaltet die Führungen mit großer Sachkenntnis und viel Engagement.

Antifaschist/innen fordern entschlossenes Vorgehen

Nach den Naziüberfällen von Wuppertal und Dortmund

Die Entwicklung im Lande NRW, insbesondere in den Hochburgen der so genannten »Autonomen Nationalisten« in Aachen und Dortmund, hat zur alltäglichen rechten Gewalt geführt, ohne dass die Polizei ausreichend darauf reagiert hätte. Jetzt schrecken uns Vorfälle aus Dortmund, Düsseldorf und Wuppertal erneut auf.

In Dortmund überfielen Nazis die Besucher des Innenstadtllokals »HirschQ«. Aus Düsseldorf wird mörderischer nazistischer Telefonterror gemeldet. Und in Wuppertal mussten gewalttätige Nazis aus ei-



Der Überfall auf das Lokal »HirschQ« wird im winterlichen Dortmund mit einer spontanen Demo beantwortet.

**Was geschah
in Dortmund?**

An einem Tag marschierten die Nazis für ihre »Meinungsfreiheit« und kurz darauf marschierten sie gegen die HirschQ-Besucher und verletzten sechs Menschen. Die Polizei kam sehr verspätet und stellte den Überfall auf das Lokal und seine Gäste als Auseinandersetzung zwischen »Extremisten« dar. Selbst die Teilnahme eines vorzeitig freigelassenen Mörders an dem Angriff wurde verniedlicht. Verständlich, dass Antifa-Gruppen nach Selbstschutz rufen und den Ruf nach § 129 und § 129a StGB wegen Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung laut werden lassen. Diese Paragraphen wurden allerdings nicht gegen Nazis gemacht, sondern gegen die Rote Armee-Fraktion. Nur gegen angebliche »Linke« werden diese Paragraphen angewendet. Dazu ein Sprecher der VVN-BdA: »Man stelle sich mal vor, die RAF beanspruchte das Demonstrationsrecht wie die Nazis und griffe noch öffentlich ein Lokal und seine Gäste an – die würden auf Nimmerwiedersehen im Knast sitzen.«

ner Kinoveranstaltung junger Leute entfernt werden. Da auch linke Antifaschistinnen und Antifaschisten unter den Opfern waren, gaben die Polizeibehörden die skandalösen Darstellungen an die Medien, die diese dann auch treu und brav übernahmen: Dass es nämlich um Rechts-Links-Zusammenstöße gegangen sei. Nach dem Motto: Pack schlägt sich und Pack verträgt sich auch wieder?

Die VVN-BdA in Dortmund erklärte dazu: »Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Opfer aus NRW von den Behörden nicht wenigstens die Hilfe bekommen, wie sie andernorts üblich ist. Es sind Beratungsstellen zu schaffen, die der besonderen Situation der Betroffenen nach einem rechten Angriff gerecht werden.«

Darüber hinaus müsse die neue Landesregierung endlich umdenken, sie müsse der Polizei klare Anweisungen geben, gegen den Naziterror vorzugehen. Denn Nordrhein-Westfalen nehme seit vielen Jahren den ersten Platz der absoluten Zahlen bei rechter Gewalt ein. Zu fordern ist die finanzielle Absicherung einer spezifischen Beratungseinrichtung für Opfer neofaschistischer Gewalt in Nordrhein-Westfalen. Entsprechende Forderungen hat die Fraktion DIE LINKE jüngst auch im Landtag erhoben.

Ulrich Sander

**Was geschah
in Wuppertal?**

Die Premiere des Anti-Neonazi-Films »Das braune Chamäleon« des Medienprojekts im CineMaxx in Elberfeld war Ziel einer Naziattacke. Die Veranstalter/innen und der Hausherr des Kinos wollten die Präsenz der Nazis durch ein Hausverbot beenden und riefen die Polizei an. Da diese nicht erschien, übernahm das Security-Team das Herausdrängen der Nazis, weitere antifaschistische Kinogänger/innen schlossen sich an. Mit Erfolg: Nazis wurden angemessen abgewehrt. Die NachwuchsNazis um Mike Dasberg und Fabian Meyer holten ihre Waffen raus, Pfeffergaslöcher und Schlagstöcke kamen zum Einsatz. Ein festgehaltener Nazi konnte der Polizei übergeben werden.

Trotz des Misserfolges der Nazis ist das Auftreten der Nazis in dieser Größenordnung besorgniserregend. Sie versuchen seit einigen Monaten in die Offensive zu kommen. Antifaschist/innen aus Wuppertal und Umgebung erklärten in einer Mitteilung: »Daher wird die antifaschistische Selbsthilfe immer notwendiger.«

Trauer um Klaus Wallow †

Klaus Wallow, Mitglied des Geschäftsführenden Landesausschusses aus Breckerfeld, hat uns im Alter von 72 Jahren für immer verlassen.



Jürgen Schuh sagte in seiner Rede bei der Trauerfeier: »Seine Freundinnen und Freunde von der VVN-BdA NRW trauern mit seiner Familie um den Verlust eines nicht zu ersetzenden Menschen. Klaus hat spät zur Friedens- und Antifa-Bewegung und zur VVN-BdA gefunden, aber dann als entschiedener Antifaschist und Antimilitarist. Wir werden unsere gemeinsamen Erlebnisse in Mittenwald nicht vergessen. Dort, bei unseren Aktionen gegen den alten und neuen deutschen Militarismus – an denen Klaus maßgeblich mitwirkte – wurde uns der ganz große Schritt von Klaus Wallow vom ehemaligen Berufssoldaten zum Antifaschisten und Antimilitaristen klar.«

Als der Rabbi hetzen half

Seltsam: Ausstellung über Feldrabbiner

»Feldrabbiner in den deutschen Streitkräften des ersten Weltkrieges« lautete der Titel einer Ausstellung der Stiftung Neue Synagoge in Berlin-Centrum Judaicum und dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. im Rathaus der Stadt Düsseldorf.

Das ganze Projekt mutete seltsam an. Die kaiserlichen Mordbrenner trugen auf ihren Koppelschlössern mit Billigung der »christlichen« Kirchen »Für Gott, Kaiser und Vaterland«. Die Kirchen segneten die Waffen, mit denen der »Erbfeind« zu erledigen war: »Jeder Stoß ein Franzos...«. Die »Betreuung« tausender psychisch und physisch erledigter junger Männer durch »Militärseelsorger« hatte nur einen Sinn: Sie wieder ins Maschinengewehrfeuer zu jagen! Sonst hätten diese

»Menschenfreunde« den Dienst verweigern oder zur Desertion aufrufen müssen.

Ausgerechnet nun »Feldrabbiner«, deren Aufgabe keine andere als der der »christlichen Militärseelsorger« war, jetzt als Beweis für ein »bis dahin nie erreicht(es)...Maß an Integration und Emanzipation der jüdischen Minderheit...« zu bewerten, ist schlicht pervers. Am 12.12.2010 schrieb Kurt Pätzold zum 75. Todestag von Kurt Tucholsky in der *Jungen Welt*: Denn »für einen anständigen Menschen gibt es in Bezug auf seine Kriegshaltung überhaupt nur einen Vorwurf: dass er nicht den Mut aufgebracht hat, Nein zu sagen«. Bekämpft werden müssten alle, die für den »falschen Kollektivwahn« verantwortlich gewesen waren, darunter die »Feldprediger, Feldpastoren, Feldrabbiner«.

J. Sch.

Mahn- und Gedenkstätte bleibt erhalten

Ausstellung zum Majdanek-Prozess geplant

Der designierte neue Leiter der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Dr. Bastian Fleermann, konnte anlässlich der Jahreshauptversammlung des Förderkreises der Gedenkstätte beruhigen: Die Gedenkstätte wird nicht geschlossen.

Die Umbaumaßnahmen, die sich aus der bedauerlichen Übernahme des Stadthauses Mühlenstraße 29 durch einen Hotelkonzern ergeben, sind zeitlich nicht einzugrenzen. Sie sollen aber die wichtige Arbeit der Gedenkstätte nicht zum Erliegen bringen. Die seit der Gründung vor 25 Jahren für die Gedenkstätte verantwortliche Angela Genger wurde mit herzlichen und anerkennenden Worten verabschiedet.

Die VVN-BdA Düsseldorf, die bereits die Initiative zur Gründung der Gedenkstätte nach Kräften unterstützte, will dieser auch künftig nach Kräften helfen.

Dr. Bastian Fleermann stellte ein vielfältiges inhaltliches Programm

der Mahn- und Gedenkstätte in der Umbauphase vor. Benannt wurden einige Schwerpunkte. Unter anderen der 30. Juni 1980, der Tag der Urteilsverkündung im Majdanek-Prozess im Landgericht Düsseldorf.

Damals wollte der Vorsitzende Richter das Verfahren mit den ersten Freisprüchen den langwierigen Prozeß »im Namen des Volkes« beenden. Jürgen Schuh rief: »Im Namen des Volkes erkläre ich dieses Gericht für abgesetzt!« Schließlich besetzten 500 AntifaschistInnen den Gerichtssaal und mit dem Moorsoldatenlied (die Scheiben klirrten im Gerichtsgebäude Mühlenstraße) und zogen unter den Augen total entnervter Polizisten zur Gedenktafel der ehemaligen Synagoge in der Kasernenstraße. Am nächsten Tag berichtete die Weltpresse – u.a. die *Washington Post* – über die peinliche Beendigung der Urteilsverkündung im Majdanek-Prozess.

J. Sch.

Bitte vormerken:

Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW

Samstag 26. Februar, 10 Uhr

ver.di-Haus, Düsseldorf, Karlstraße 123-124

Interessierte Gäste sind gern gesehen. Wir bitten herzlich um Anmeldung.

VVN-BdA Landesvereinigung NRW
Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
und (02 11) 23 18 22
E-Mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Stadtrat Dülmen: Hitler nicht länger Ehrenbürger

In Dülmen hat der Stadtrat am 16. Dezember 2010 die Ehrenbürgerschaften von Adolf Hitler, Franz von Papen und Paul von Hindenburg auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig aberkannt. Vorangetrieben hatte dies Ortwin Bickhove-Swidorski, ein VVN-BdA-Aktivist und Verdi-Sekretär. Anders als die Ortspresse schrieb darüber die *Neue Zürcher Zeitung*, auch badi-sche und schwäbische Zeitungen berichteten.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Antifaschist statt Kolonialist: Neuer Namensgeber für Wißmannstraße

64 Stolpersteine zieren ehemaliges jüdisches Viertel in Hannovers Südstadt

Die Wissmannstraße in Hannover Süden liegt in einem beschaulichen Viertel und ist mit Reihenhäusern mit Klinkerfassaden aus den 1920er-Jahren bebaut. Zwei davon, die Hausnummern 11 und 13, gehörten einer jüdischen Stiftung. Hier lebten 132 jüdische Menschen. Alle wurden von den Nazis daraus vertrieben, 64 von verschleppt und ermordet oder flüchteten sich in den Tod.

Zum Gedenken an diese Bewohner spendete die Deutsch-Israelische Gesellschaft 64 Stolpersteine, die am 20. Oktober durch den Bildhauer Gunter Demnig vor den Häusern verlegt wurden. Anwesend war auch Ruth Gröne. Sie verlebte ihre Kindheit in Nr. 11 als Ruth Kleeb-



berg. Ihr Vater war dort als Hausmeister tätig. Er wurde 1944 deportiert und verstarb 1945, vermutlich ohne die Befreiung noch zu erleben. Sie selbst blieb als »Halbjüdin« vor dem Schlimmsten verschont, da ihre Mutter wieder zum Christentum übergetreten war.

Umrahmt wurde die Verlegung der Steine durch eine Feierstunde u.a. mit Ansprachen des Oberbürgermeisters und des Bezirksbürgermeisters. Ein jüdischer Kantor beschloss die Stunde mit dem traditionellen Totengebet.

Bezirksbürgermeister Lothar Pollähne kündigte in diesem Zusammenhang an, dass am 8. November eine »Umwidmung« des Straßennamens Wissmannstraße vorgenommen werden solle. Damit hat es die folgende Bewandnis: Im Zentrum des Viertels lag der Carl-Peters-Platz, benannt nach dem berühmten Kolonialverbrecher, der in Ostafrika sein Unwesen getrieben hatte. Die Faschisten hatten ihm zusätzlich ein Denkmal errichtet, das zur Erneuerung des deutschen Kolonialismus aufrief. Erst nach zähen Auseinandersetzungen mit einigen Anwohnern, die sogar das Oberlandesgericht beschäftigten, war es gelungen, diesen Platz nach Bertha von Suttner zu benennen.

Nun gab es in der Nachbarschaft noch zwei Straßen, in denen die einstigen kolonialen Ambitionen der deutschen Imperialisten gefeiert wurden, die Nachtigalstraße,

benannt nach dem »Afrikaforscher« und Kolonialbeamten Gustav Nachtigal und eben die Wissmannstraße, benannt nach Hermann von Wissmann, der sich u.a. in »Deutsch-Ostafrika« durch besondere Brutalität hervor getan hatte.

Die Bezirksratsmehrheit aus SPD und Grünen suchte nun nach einem Weg zur »Entkolonialisierung« dieser Straßen ohne solchen juristischen Aufwand. Sie fand ihn durch die Forschung nach namensgleichen honorablen Personen. Im Falle Nachtigal stieß sie auf den Theologen und Volksmärchensammler Johann Karl Christoph Nachtigal (1753-1819).

Bei Wissmann wurde sie schließlich in Ludwigsburg fündig: Hermann Wissmann, Kommunist und Arbeitersportler, geboren 1902 wurde im März 1933 zusammen mit anderen Genossen von KPD und SPD verhaftet und in das KZ Heuberg bei Stetten am kalten Markt auf der schwäbischen Alb verschleppt. Dort verstarb er unter dem brutalen Regime der SA. In Ludwigsburg erinnert ein Stolperstein an ihn. Seit dem 8. November ist die gleichnamige Hannoveraner Straße nach dem württembergischen Naziopfer benannt.

Reinold Weismann-Kieser

Reinold Weismann-Kieser

NRW

Kralik-Schau nicht in Düsseldorf?

Affront gegen das Andenken an den Widerstand

Die VVN-BdA-Aktivisten von Düsseldorf hofften, die Pariser Kralik-Ausstellung im Mai 2011 in Düsseldorf zum 111ten Geburtstag von Hanns Kralik präsentieren zu können. Die Mehrheitsfraktion von CDU/FDP im Düsseldorfer Rat verweigerte jedoch die Förderung der von Sühnezeichen und VVN-BdA in Paris gezeigten Ausstellung.

Die versprochene Zahlung von 3000 Euro wurden mit der falschen Begründung, die VVN-BdA würde vom Verfassungsschutz beobachtet, abgelehnt. Den Antrag der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, dies überprüfen zu lassen, ließ Bürgermeister Conzen (CDU) erst gar nicht zu. Ein Blick in den Verfassungsschutz-Bericht NRW von 2009 hätte genügt, dass dort die VVN-BdA keine Erwähnung findet. In einem Brief des Innenministeriums wurde der VVN-BdA ausdrücklich versichert, eine solche

Erwähnung sei auch nicht geplant. Jürgen Schuh von der VVN-BdA sagte dazu: »Unseren Pariser Freundinnen und Freunden wird schwer erklärbar sein, dass die Stadt Düsseldorf für ihren ersten Kulturdezernenten nach 1945 und seine Frau Lya – beide Résistance-Kämpfer – keine 3000 Euro übrig hat. Da werden mal eben am Rande 1,5 Millionen Euro für ein provisorisches Fortuna-Stadion locker gemacht, damit der Jodel-Wettbewerb – »Eurovision Song Contest« – in Düsseldorf stattfinden kann. Und 3000 Euro für antifaschistische Kunst sind nicht drin? Peinlich, peinlich! Doch auch ohne die Stadt Düsseldorf haben wir mit Hilfe der evangelischen Kirche des Rheinlands und der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Pariser Ausstellung geschultert.«

J. Sch.

Der Katalog der Pariser Ausstellung, DIN A4, 70 Seiten, 5 Euro, ist über das VVN-BdA-Landesbüro erhältlich.

Artikel und Fotos für die **antifa**-Niedersachsenseite bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vn-bda.de.

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 331136
Fax: (0511) 3360221
E-Mail: niedersachsen@vn-bda.de.

Redaktion: Michael Rose-Gille

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250.100.30, sehr freuen.

»Die Deutschen und die Zwangsarbeiter«

Peiner Gruppe besucht Ausstellung in Berlin



Heimatforscher, Gewerkschafter und Antifaschisten aus Peine besuchten das Jüdische Museum. Bild: Peter Lenz

23 Peinerinnen und Peiner besuchten die Ausstellung »Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg« im Jüdischen Museum in Berlin. Sachkundiger Führer war Dr. Jens Binner, der an der Erstellung mitgewirkt hatte. Organisiert hatten die Fahrt der DGB Peine, die VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der Kreisheimatbund und das Bündnis für Zivilcourage und Toleranz.

Im Zweiten Weltkrieg wurden in Deutschland auf nahezu jeder Baustelle und jedem Bauernhof, in jedem Industriebetrieb und auch in Privathaushalten Zwangsarbeiter ausgebeutet. Dort wie in den besetzten Gebieten mussten insgesamt über 20 Millionen Männer, Frauen und Kinder aus ganz Europa als »Fremdarbeiter«, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge Zwangsarbeit leisten.

Die Exponate zeigen, dass die Zwangsarbeit von Beginn an Teil der rassistischen Gesellschaftsordnung des NS-Staates war: Die propagierte »Volksgemeinschaft« und die Zwangsarbeit der Ausländer – beides gehörte zusammen.

Die Arbeitskräfte galten als Kriegsbeute. Für den Bau des utopischen Atlantikwalls, der nie fertig gestellt wurde, hatten deutsche Firmen 39 Lager für französische und sowjetische Zwangsarbeiter errichtet. Der Alltag war lebensbe-

drohlich. Im Osten war jedes Mittel recht, die Arbeitskräfte ins Reich zu holen. Dazu zählten brutale Razzien und systematische Gewalt.

In der zweiten Kriegshälfte mussten z.B. in den Kölner Sidol-Werken auch 70 sowjetische Kinder und Jugendliche arbeiten. Es gab eine Altersgrenze von zehn Jahren, manchmal wurde diese noch unterschritten.

Doris Wanke sagt: »Ich bin ergriffen und bewegt. Ich wusste z. B. nicht, dass es in Braunschweig einen Friedhof der toten Kinder von Zwangsarbeiterinnen gab.« Und Irmela Nowacki folgerte: »Es ist unbegreiflich, was Menschen anderen Menschen angetan haben. Es freut mich, dass die europäischen Länder heute gut zusammenarbeiten.« Und der ehemalige Vöhrumer Pastor Gerhard Williges brachte es

auf den Punkt: »Zwangsarbeit fand in aller Öffentlichkeit statt. Das ganze Volk war schuldig.«

Die Ausstellung bringt eine überraschende Zahl von Fotodokumenten an den Tag, die in ihren historischen Kontext eingebettet werden und zugleich die Würde der Opfer wahren. Besondere Aufmerksamkeit legt die Ausstellung auf die Beziehung der Deutschen zu den Zwangsarbeitern. Sie zeigt, dass Deutsche sich entscheiden mussten, wie sie den Zwangsarbeitern entgegen treten sollten: mit der Unerbittlichkeit und Kälte einer rassistisch motivierten Ideologie oder mit einem Rest an Mitmenschlichkeit.

Die Dokumentation wird noch bis Ende Januar 2011 gezeigt, anschließend wird sie in den europäischen Hauptstädten ausgestellt.

Peter Baumeister

Gedenken in Lüneburg: Volkstrauertag im Tiergarten

»Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg« so lautet die historische wie aktuelle Botschaft der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten – und zwar auch zum »Volkstrauertag«. Wie in den letzten Jahren richtete die Lüneburger Kreisvereinigung der VVN-BdA eine Gedenkveranstaltung am Ehrenmal im Tiergarten aus, um dort aller Opfer des Faschismus zu gedenken.

Im Lüneburger Tiergarten wurden 1945 über 230 KZ-Häftlinge begraben, die in Lüneburg ermordet wurden oder bei einem Luftangriff ums Leben kamen.

Mit der Veranstaltung am »Volkstrauertag« soll an die Menschen erinnert werden, die bei den offiziellen Veranstaltungen zu meist verschwiegen oder mit den deutschen Soldaten – den Tätern – in einem Atemzug genannt werden. Die Lüneburger VVN-BdA wendet sich entschieden gegen die Verdrehung der Täter zu Opfern. Auch soll die Veranstaltung ein Zeichen gegen Kriege – gestern wie heute – sein und ein Aufruf gegen Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus in den heutigen Tagen darstellen.

Rund 40 Menschen nahmen in diesem Jahr an der Veranstaltung teil. Für die Landesvereinigung der niedersächsischen VVN-BdA sprach die Landessprecherin Mechthild Hartung aus Wolfsburg. Für die Stadt Lüneburg und die Lüneburger SPD sprach die Ortsvereins-Vorsitzende und Ratsfrau Hiltrud Lotze.

Olaf Meyer von der Lüneburger Kreisvereinigung der VVN-BdA bedankte sich bei der Therapeutischen Gemeinschaft Wilschenbruch, deren Bewohnerinnen und Bewohner seit Jahren das Gelände des Ehrenmals pflegen.

In diesem Jahr wurden außerdem Bilder von Helga Weissová ausgestellt, die die Pragerin als 10- bis 13-Jährige im KZ Theresienstadt gezeichnet hat. Traditionell wurde die Veranstaltung mit dem Häftlingslied »Die Moorsoldaten« abgeschlossen.

www.vvn-bda-ig.de

Bitte vormerken:

Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Niedersachsen

**Samstag/Sonntag,
19./20. Februar,
in Hustedt**

Die Kreisvereinigungen, die dies bisher noch nicht getan haben, melden bitte bis zum 15. Januar die Namen ihrer Delegierten ans Landesbüro, damit wir Einladung und Unterlagen fristgemäß zusenden können. Der Delegiertenbeitrag wird 30 Euro betragen.

Projekt gibt Nazi-Verfolgten ein Gesicht

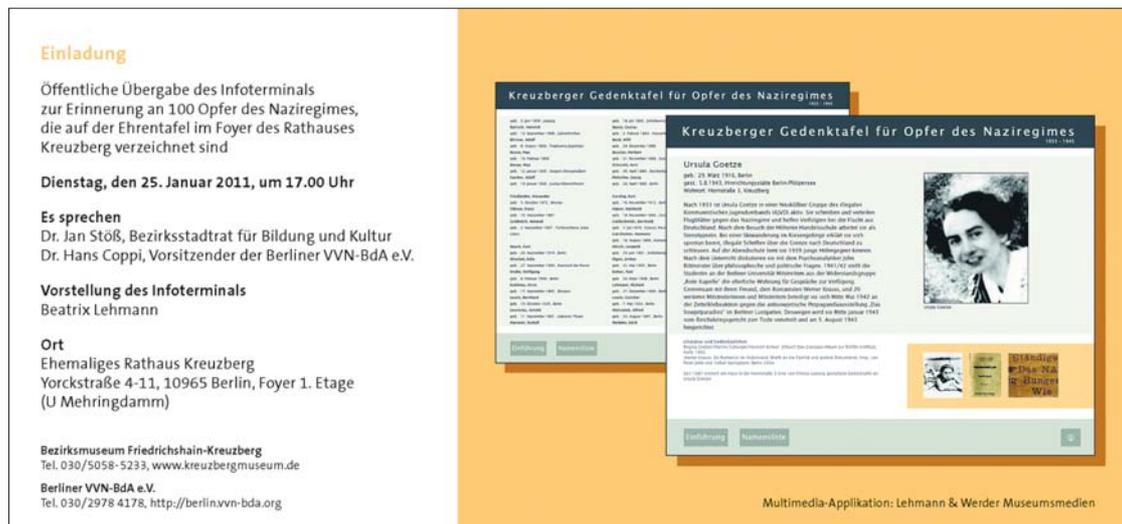
Einladung zur Einweihung: Terminal informiert künftig über Kreuzberger Naziopfer

Im ersten Stock des früheren Rathauses Kreuzberg in der Yorckstrasse hängt, wenig beachtet, eine große Gedenktafel aus Holz mit den Namen von 100 Kreuzberger Opfern des Faschismus. Sie entstand 1947 auf Initiative des Kreuzberger OdF-(Opfer des Faschismus)-Bezirksausschusses.

Die darauf verzeichneten Personen mit deren Sterbedaten und -orten gehen auf Angaben von 1946/47 in Kreuzberg wohnenden Hinterbliebenen ermordeter und verstorbener Verfolgter des Naziregimes zurück. Es gab viel mehr Opfer des Faschismus in Kreuzberg. Man weiß nicht, nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl der Namen vorgenommen wurde.

Die Gedenktafel als ein bedeutendes (zeit)geschichtliches Dokument bedurfte, soll sie heute den Besuchern etwas sagen, einer zeitgemäßen Erläuterung. Dafür entwickelten wir gemeinsam mit »Lehmann & Werder Museumsmedien« ein Projekt, das neue Medien einbezieht und an aktuelle Rezeptionsgewohnheiten anknüpft. Über einen neben der Gedenktafel installierten Touchscreenmonitor erscheint durch Berühren der Namen auf dem Bildschirm eine Biografie und, falls vorhanden, ein Porträtfoto sowie bis zu drei Fotos bzw. Dokumente. Als jugendgemäßes Medium aber auch als Medium, das leicht zugänglich ist, bietet es Informationen in übersichtlicher Form an und erlaubt es den zahlreichen Besuchern des Bürgeramtes, auch nur wenige Minuten ein bisschen »durchzuzappen«.

Unsere langwierigen Nachforschungen in Archiven und Gedenk-



stätten, Gespräche mit Angehörigen, das Stöbern in Adress- und Telefonbüchern und im Internet haben sich gelohnt. Bis auf wenige Ausnahmen verfügen wir nun über Informationen zum Lebensweg der auf der Gedenktafel abgebildeten Personen.

Arbeiterbewegung contra Naziregime

Ihre nunmehr erarbeiteten Biografien verdeutlichen, dass Kreuzberg in der Weimarer Republik eine Hochburg der Arbeiterbewegung und nach 1933 ein Zentrum von Selbstbehauptung und vielfältigem Widerstand gegen das Naziregime ist. Fast zwei Drittel der Genannten kommen aus dem Arbeitermilieu. Über die Hälfte gehört vor 1933 Arbeiterparteien und/oder Organisationen in deren Umfeld an: überwiegend der KPD, aber auch der SPD, SAP, den Gewerkschaften und dem Arbeitersport. Sie lassen sich von dem Terror nicht entmutigen und führen im Untergrund ihren politischen Kampf gegen das Naziregime weiter.

Aus Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern entlassen, suchen sie häufig Kontakt zu früheren Gefährten, gewinnen neue Mitstreiter, einige werden in den Gruppen um Robert Uhrig, Herbert Baum, Anton Saefkow und Harro Schulze-Boysen aktiv.

Wir dokumentieren auch das Schicksal von Wehrmachtsdeserteuren, Zeugen Jehovas, Opfern der NS-»Euthanasie« und von Menschen, die von ihren Nachbarn oder Kollegen denunziert wurden.

Die Tafel ist auch ein Dokument des Holocaust. Über ein Drittel der auf der Gedenktafel genannten Personen sind Juden: Angestellte, Gerber, Apotheker, Monteur, Destillateur, Kaufleute, Schneider, Ingenieur, Rechtsanwalt, Buchhalterin, Gewerbetreibende, Maurer und Schriftsetzer.

Ihre Wege in den Tod zeigen: Entrechtet, diskriminiert und ständig staatlicher Willkür ausgesetzt sind sie vogelfrei, ihrer Existenz beraubt, arisiert ihre Geschäfte und Gewerbe, zu Zwangsarbeit verpflichtet, müssen sie den Judenstern tragen. Schließlich werden sie aus den Häusern geholt und in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert und ermordet.

Unterdrückungsapparat wird verdeutlicht

Mit den Biografien, den Fotos und Dokumenten, möchten wir nicht nur an den gewaltsamen Tod der 100 Kreuzberger Opfer des Faschismus, sondern auch an ihr Leben in einer schweren Zeit erinnern, ihnen wieder ein Gesicht geben und sie dem Vergessen entreißen.

Die Gedenktafel bzw. der sie erläuternde Touchscreen bieten Anknüpfungspunkte für Informationsaustausch und -verbreitung nicht nur unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die biografischen Beispiele vermitteln Mechanismen und Dimensionen rassistischer, religiöser und politischer Unterdrückung und Verfolgung und können darüber zu einer Sensibilisierung für ähnliche Entwicklungen heute anregen. Die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte, die zeigt, welche Konsequenzen Zuschauen, Mitlaufen und Ignoranz hatten, kann zur Stärkung von Zivilcourage gegen Rechts beitragen.

Dank an Förderer des Projekts

Unser Dank gilt der Stiftung »Evangelische Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte«, dem Lokalen Aktionsplan Friedrichshain-Kreuzberg im Rahmen des Bundesprogramms »Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt, die mit ihrer Förderung dieses Projekt erst ermöglicht haben.

Hans Coppi, Frieder Böhne, Evelin Schmidt, Nicole Warmbold für die Berliner VVN-BdA

Redaktion: Dr. Hans Coppi
 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
 Tel.: (030) 29 78 41 78
 Fax: (030) 29 78 43 78
 Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>
 E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten sehr um Spenden für die Berliner VVN-BdA
 Postbank Berlin
 Konto-Nr: 315 904 105
 BLZ: 100 100 10

»Damals war die christlich-jüdische Tradition abrupt durchbrochen«

72. Jahrestag der Pogromnacht 1938

Etwa 500 Menschen, zahlreiche junge Antifaschist/innen, ältere und jüngere Mitglieder der Berliner VVN-BdA, fanden sich am frühen Abend des 9. November 2010 am Deportationsmahnmal an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit ein, um an die antisemitischen Novemberpogrome von 1938 in Deutschland und Österreich zu erinnern.

Auch Einwohner/innen aus dem Kiez – diese kennen die Moabiter Demonstration seit 20 Jahren – waren dabei. Die Nazis hatten seit 1941 die Synagoge als Sammellager für Berliner Jüdinnen und Juden auf dem Weg zu ihrer Deportation in die Vernichtungslager missbraucht. Aufgerufen hatten die Antifaschistische Initiative Moabit (AIM) und die Berliner VVN-BdA, unterstützt von zahlreichen Berliner Antifa-Gruppen.

Seit 1990 setzt die AIM ein Zeichen gegen den überschäumenden neuen deutschen Nationalismus, der die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu überblenden droht. Auch 20 Jahre später stehen in Berlin am 9. November die Feierlichkeiten zum Jahrestag des »Mauerfalls« ganz oben auf der Gedenk-Agenda. Sie vermitteln das Gefühl, das sich die Deutschen erst mit dem Wegfall des sichtbarsten Menetekel des verlorenen Krieges befreit fühlten. Dies wäre aber

Unvergessen: Befreiung durch Antihitlerkoalition

eine Befreiung ohne die Befreier der Anti-Hitler-Koalition, erklärte ein Vertreter der AIM, und vor allem ohne die Menschen, die am 8. Mai 1945 befreit wurden, die Überlebenden des Holocaust und der Besatzungspolitik der Deutschen in den überfallenen Länder Europas.

Marianne Kaufhold schilderte ihre Erinnerungen an ihr Leben und Überleben unter dem NS-Regimes: »1938 dann, ich war elf,

wurde ich abrupt aus der Klasse geholt und musste im Flur stehen, wusste gar nicht so richtig was los war. Die offizielle Begründung lautete, dass deutschen Lehrern nicht zugemutet werden darf oder kann, jüdische Kinder zu unterrichten. Ebenso kann deutschen Kindern nicht zugemutet werden, mit jüdischen Kindern in einem Klassenraum zu sitzen. [...] Damals war die christlich-jüdische Tradition, auf die sich der Bundespräsident Wulf kürzlich berief, abrupt durchbrochen. Entweder war

man deutsch, oder war man jüdisch.«

Täter blieben zumeist unbehelligt

Kurt Hillmann berichtete: »Geboren 1933. Ja, ich bin einer von denen. Ich musste einen Stern auf der Brust tragen, damit jeder sehen konnte, dass ich Jude war. Die wenigen Freunde, die man hatte, wurden abgeholt, man stand allein... Juden waren in allen Lebenslagen

ausgestoßen und so fühlte ich mich auch. Man war nicht nur ein Fremder, man war ein Feind. Elf Angehörige meiner Familie wurden in den Lagern ermordet. Ich bin der einzige von ihnen, der überlebte, meine Mutter nicht.

Ich wurde von Freunden meines Vaters versteckt. Viele von denen, die die Vernichtung der Juden organisierten und durchführten, haben überlebt. Die meisten wurden nie dafür zur Verantwortung gezogen. Wie auch – wenn die ehemaligen Kameraden in einflussreichen Stellungen in der Politik, der Wissenschaft, der Justiz und Wirtschaft saßen. Unser Außenminister wundert sich heute über das Ausmaß der Verstrickung des Auswärtigen Amtes in den Judenmord. Das wundert wiederum mich. Was hat der Minister für einen Geschichtsunterricht gehabt? Es gilt immer noch der Schwur von Buchenwald, er ist noch nicht erfüllt.«

Zwischen den Redebeiträgen spielte das Berliner Klezmer Duo, und es wurden Blumen am Mahnmal niedergelegt. Der Vorsitzende der Berliner VVN-BdA, Hans Coppi, erinnerte zum Abschluss der Gedenkundgebung, dass sich an den Pogromen viele Menschen beteiligen oder dem ungeheuerlichen Treiben zusahen. Heute würden viele, die sich selbst in der »Mitte« der Gesellschaft verorteten, den rassistischen Thesen eines Thilo Sarrazin zustimmen und damit, die Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens fahrlässig zerstören. Erschreckend sei, wie sich mit medialer Unterstützung und Zustimmung aus weiten Teilen der mehrheitsdeutschen Bevölkerung ein gesellschaftlicher Rechtsruck vollzieht. Dieses Deutschland gehöre wahrlich abgeschafft.

Der Kundgebung schloss sich eine Demonstration durch Moabit an, die sich an dem Weg orientiert, den die Berliner Jüdinnen und Juden damals auf ihrem Weg zum Deportationsbahnhof Putzitzstraße gehen mussten.

Arthur Nähring

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

Antifa - Jour Fixe

Montag, 17. Januar 2011

Dr. Irene Runge, *1942 New York

»Mein Herz war halb Manhattan, halb Berlin«

»Kommunistenkind«, die Eltern kehren aus McCarthys USA nach Deutschland zurück, »fremd« war ein Gefühl, das Irene Runge als Kind von Westemigranten, in der jungen DDR, als Kind von Antifaschisten unter Kindern von ehemaligen Nazis, und später als »Ossi« unter Wessis begleitet hat.

1990 gründete sie mit anderen den Jüdischen Kulturverein, der (West-) Berliner Jüdischen Gemeinde oft zu unbegreiflich und auch zu links. Mit dem Verein engagierte sie sich für die Einwanderung jüdischer Migrant/innen aus der ehemaligen Sowjetunion und empört sich seither über jede Art von Fremdenfeindlichkeit.

Die Soziologin und Publizistin wird im Gespräch mit Hans Coppi (*1942 Berlin) über sich, übers Altern, über Jüdisches, den Fremdenhass, das Kopftuchverbot, die Großstadt und die Kneipen erzählen. Wenn Zeit bleibt, gehen wir auf ihre Ankunft aus den USA 1949 in der DDR ein, auf das Leben und die Probleme der »zweiten Generation«, der »Kommunistenkinder«, mit denen die Eltern oftmals weder über ihre Vergangenheit noch die Probleme und Widersprüche des realen Sozialismus reden konnten.



... immer am 3. Montag, ab 18.30 Uhr, immer im Café Sibylle.

Karl-Marx-Allee 72, Berlin (U 5 zw. Strausberger Platz und Weberwiese)

**Nazitreffen in Moorburg:
»Abschiedskonzert«
mit Schlägerei**

Die Moorburger Gaststätte »Zum alten Moorkathen« ist in Verruf geraten, weil dort regelmäßig Konzerte mit der Hooligan-Band »Kategorie C« stattfanden. Bis zu fünfhundert Leute liefen dort auf, auch aus der Neonazi-Szene.

Jedesmal gab es Gegendemonstrationen und Polizeieinsätze. Nach dem letzten Auftritt der Hooligan-Band kündigte die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA, der die Gaststätte gehört, den Pachtvertrag mit dem Wirt zum 31. Dezember. Dieser verabschiedete sich auf seine Art: Am 10. Dezember trat die Gruppe »Kneipenterroristen« vor rund 120 Gästen auf. Sie spielte überwiegend Lieder der inzwischen aufgelösten Band »Böhse Onkelz«. Gegen Mitternacht gab es eine Schlägerei, drei Personen wurden verletzt. Die Polizei löste daraufhin das Konzert in Moorburg auf.

Jetzt wird befürchtet, dass diese Konzerte nach Wöhrden bei Stade verlegt werden. Dort hat im Juni ein bekannter Neonazi aus Tostedt (Kreis Harburg) ein Anwesen erworben, das nach Meinung des niedersächsischen Innenministeriums auch von der Neonazi-Szene genutzt werden könnte. **hjm**

Wandgemälde eingeweiht

Kunstwerk an Wolgast-Schule erinnert an den Widerstand

Am 14. November wurde an der Wolgast-Schule in St. Georg ein großes Wandgemälde zur Erinnerung an Helmuth Hübener eingeweiht.

Die Schule steht an der Kreuzung Kirchenweg / Helmuth-Hübener-Gang. Das Gemälde von Hildegund Schuster zeigt das bekannte Bild von Helmuth Hübener, Rudolf Wobbe und Karl-Heinz Schnibbe, dann ein Gruppenbild von Hübeners Mormonen-Gemeinde, den Eingang zu Hübeners Arbeitsstelle Bieberhaus und Hübeners Todesurteil. Unten sind die Schreibmaschine, ein Radio und Flugblätter abgebildet.

Helmuth Hübener und seine Gruppe hatten den Radiosender BBC London abgehört und die Nachrichten auf Flugblättern verbreitet. Am 27. Oktober 1942 wurde er im Alter von erst 17 Jahren in Berlin-Plötzensee enthauptet.

Der frühere Hamburger Bürgermeister Ortwin Runde berichtete, dass er im Bieberhaus in der Nähe des Hamburger Hauptbahnhofs gearbeitet habe, im gleichen Haus, wo auch Helmuth Hübener zum Verwaltungslehrling ausgebildet wurde. Alljährlich werden am 27. Oktober an der dortigen Gedenktafel für die jugendlichen Wider-



Foto der Hübener-Widerstandsgruppe nun großformatig in Hamburg-St. Georg an der Häuserwand.
Bild: Traute Sander

standskämpfer Blumen niedergelegt.

Ulrich Sander, Buchautor über Hübener, referierte über die Arbeit der Hamburger Geschwister-Scholl-Jugend, die vor rund fünfzig Jahren begonnen hatte, den Widerstand der Hübener-Gruppe und der „Weißen Rose Hamburg“ um Hans und Katharina Leipelt zu erforschen. Damals sei es sehr schwierig gewesen, an die Akten heranzukommen, weil die Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Gestapo-Leute, die Hübeners Leben

auf dem Gewissen hatten, noch lebten. Der NDR solle endlich eine Fernsehdokumentation über die Hübener-Gruppe erstellen. Außerdem forderte Sander den Bundesgerichtshof auf, sich zu entschuldigen, weil dieser nach 1945 Hübeners Todesurteil gerechtfertigt hatte.

Von der Hamburger Tagespresse, die fast ganz vom Springer-Konzern beherrscht wird, wurde die Einweihung des Kunstwerks totgeschwiegen.

Hans-Joachim Meyer

Filme und Gedenkveranstaltungen: Hamburger VVN-Termine im Winter

**Sonntag, 20. Januar
Antifa-Filmreihe**

»Zwei oder drei Dinge, die ich von ihm weiß«
Malte Ludin, D 2004/05, 85 min.

Als Botschafter in Bratislava war Hans Elard Ludin verantwortlich für die Deportation und Ermordung tausender slowakischer Juden. Er wurde dafür in der Tschechoslowakei zum Tode verurteilt und hingerichtet. Der Regisseur und Sohn Malte Ludin zeichnet das Verhältnis der Familie zum Nazi-Verbrecher und Vater nach. 17 Uhr, Kino Metropolis

**Sonntag, 13. Februar
Antifa-Filmreihe**

»Die drei Fotografinnen«
Antonia Lerch, 1992, 3 x 55 min. Ilse Bing, Grete Stern und Ellen Auerbach – alle um 1900 geboren, jüdischer Abstammung, in Deutschland studiert, in den 1930ern emigriert. Jede von ihnen eine außergewöhnliche Fotografin.

1992 besuchte die Berliner Dokumentarfilmmacherin Antonia Lerch die drei Künstlerinnen in New York und Buenos Aires ...

17 Uhr, Kino Metropolis

**Sa/So, 26. und 27. Februar
Landesdelegiertenkonferenz**

Delegierte erhalten eine besondere Einladung; alle Mitglieder sind herzlich willkommen!
Kulturpalast Billstedt

Sa ab 11 Uhr: Vormittag: Polit. Bericht/Diskussion, Nachmittag: Arbeitsgruppen; So ab 10 Uhr; Beratung der Anträge und Vorschläge aus den AGs, Wahlen

**5. März
Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag:
Überführung der Urne von Hedwig Voegt** aus Leipzig

15 Uhr, Ehrenfeld Geschwister-Scholl/Friedhof Ohlsdorf
»Widerständiges Frauenleben«
Erinnerungen an Hedwig Voegt und ihre Hamburger Freundinnen,

präsentiert von den Töchtern.
19 Uhr, Kulturpalast Billstedt

**Samstag, 19. März
Erinnerung an den Hamburger
Zweig der Weißen Rose**
11 Uhr, Weiße Rose, Volksdorf

**Sonntag, 20. März
Antifa-Filmreihe**

»Ein Lied für Argyris«
S. Haupt, CH 2006, 105 min.
In dem griechischen Bauerndorf Distomo findet am 10.6.1944 eine »Sühnemaßnahme« einer SS-Division zur Vergeltung eines Partisanenangriffes statt. Sie richten 218 Menschen hin – unter ihnen die Eltern und 30 Angehörige des vier Jahre alten Argyris, der das Massaker überlebt. 17 Uhr, Kino Metropolis

Wie jüdische Kinder gerettet wurden

Berichte von Zeitzeugen wie Peggy Parnass und Eberhard Zamory

Die Transporte jüdischer Kinder nach England und anderen Ländern standen im Mittelpunkt der Gedenkwochen der Initiative »Gedenken in Harburg« im November 2010. Eine Ausstellung zum Thema wurde in der Harburger Bücherhalle gezeigt.

Höhepunkt war ein Gespräch mit Zeitzeugin, Schauspielerin und Publizistin Peggy Parnass. Ihre Mutter hatte 1939 sie und ihren Bruder Gady in Hamburg in einen Zug nach Stockholm gesetzt. Der Bruder kam in ein Waisenhaus, sie selbst hielt es sechs Jahre lang bei zwölf Gastfamilien aus. Sie empfand das Leben in Schweden noch schlimmer als in Deutschland, weil die elterliche Geborgenheit fehlte. Ihre Eltern wurden 1939 ins Warschauer Getto deportiert und 1942 im Vernichtungslager Treblinka ermordet. Als Peggy Parnass nach

Hamburg zurückkam, hatte sie – so erzählte sie – nicht nur ihre Eltern, sondern auch den Glauben an Gott und die Menschheit verloren.

Auf einer anderen Veranstaltung ging es um Eberhard Zamory, langjähriges Vorstandsmitglied der VVN-BdA Hamburg. Leider konnte er nicht mehr selbst aus seinem Leben erzählen, denn er starb im Frühjahr dieses Jahres. Somit berichtete Cornelia Kerth (VVN-BdA). Eberhard Zamory, schon kein Kind mehr, sondern fast ein junger Mann, kam von Breslau aus mit dem Zug über Hamburg nach England. Und hier spielte sich etwas ab, was bei uns kaum bekannt ist. Die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die es ab 1945 in allen vier Besatzungszonen gab, wurde im Krieg in Großbritannien von deutschen Jugendlichen gegründet, und Eberhard Zamory war eines ihrer Gründungsmitglieder. Nach

Kriegsausbruch 1939 wurden die meisten Deutschen interniert, einige sogar nach Kanada oder Australien. Eberhard Zamory kam vermutlich auf die Insel Man in der Irischen See. Dass der Transport nach England ihm vielleicht das Leben gerettet hatte, spielte dabei überhaupt keine Rolle. Die FDJ hatte allen Mitgliedern empfohlen, in die britische Armee zu gehen. Auch Eberhard Zamory tat das nach dem Ende der Internierung. Er hatte deutsche Kriegsgefangene zu überwachen und zu verhören. 1945 kam er nach Hamburg zurück und wurde sogleich als Kommunist politisch aktiv. 1968 nach den Ereignissen in Prag sagte er sich vom Kommunismus los, blieb aber links eingestellt. Zuletzt bekannte er sich zum Zen-Buddhismus. Alles in allem: eine spannende und farbrige Persönlichkeit. Schade, dass er nicht mehr am Leben ist. **hjm**

Würdigung im November: Erna Mayer feierte 85. Geburtstag

Erna Mayer, viele Jahre im Vorstand der Hamburger VVN-BdA, wurde jetzt 85 Jahre alt.

Auf einer Feier in Ohlsdorf am 21. November in der Willi-Bredel-Gesellschaft wurde das kämpferische Leben der Antifaschistin und Kommunistin gewürdigt. Erster Gratulant war Wolfgang Kopitzsch, Bezirksamtsleiter von Hamburg-Nord. Es gebe nicht viele Menschen, so Kopitzsch, die sich wie Erna Mayer bis ins hohe Alter für eine gerechte Sache einsetzen. Der Sozialdemokrat bekannte sich dazu, keine Berührungsängste mit Parteien links von der SPD zu haben. Schließlich hätten sie eine gemeinsame Wurzel: die Arbeiterbewegung. Kopitzsch kündigte an, dass er auch künftig alle Hebel in Bewegung setzen werde, um NPD-Infostände im Bezirk Nord zu verhindern. Gert Hinnerk Behlmer, ehemals Staatsrat in der Kulturbehörde, würdigte Erna Mayers Gedenkstättenarbeit. Noch bis vor kurzem hat sie die Gäste durch die KZ-Gedenkstätte Fuhlsbüttel geführt. **hjm**

Erklärung von Esther Bejarano

Erinnern heißt handeln!

Esther Bejarano, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees und Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, erklärte anlässlich des Reichspogromnacht-Jahrestages:

»Wir, die letzten Zeugen des faschistischen Terrors, rufen auf: Gedenkt der Pogromnacht vor 72 Jahren, am 9. November 1938! Damals wurden in ganz Deutschland durch die SA-Sturmkolonnen die Synagogen demoliert, geplündert und in Brand gesetzt. Unter Berufung auf die »kochende Volksseele« wurden die Wohnungen tausender jüdischer Familien zertrümmert und ausgeraubt, wurden dreißigtausend jüdische Menschen in Konzentrationslager verschleppt. Dieser Tag war eine Station auf dem Weg zur Vernichtung der europäischen Juden. Der Rauch der brennenden Synagogen ging dem Rauch von verbrannten Menschen aus

dem Krematorium von Auschwitz voraus.

Dieser Tag kündigte aber auch den kommenden barbarischen Vernichtungskrieg an. Mit ihm sollte getestet werden, wie weit die Bevölkerung kriegsbereit ist, indem sie mitten im Frieden Gewalt, Raub, Brandschatzung und Mord hinnimmt.

Es geschah unter aller Augen. Deshalb lasst uns immer wieder die Frage stellen: Wo blieb der millionenstimmige Aufschrei: Das dürfen wir nicht zulassen? Warum läuteten nicht die Kirchenglocke zum Protest? Was hat die Menschen so gleichgültig oder passiv und teilnahmslos gemacht? Wie tief war doch dieser Antisemitismus in der Bevölkerung verwurzelt! Auschwitz darf sich nie mehr wiederholen – das muss unsere Verpflichtung für die Zukunft sein!

An diesem Jahrestag der Pogromnacht haben wir, die Überle-

benden des faschistischen Terrors, viele Gründe, alarmiert zu sein!

Der Antisemitismus, der nach 1945 das Tageslicht scheute, ist wieder gesellschaftsfähig geworden. Parolen werden zu Taten. Jüdische Grabstätten und Einrichtungen werden fortwährend geschändet. Die Nazis marschieren wieder, und oberste Richter geben dafür die Straße frei. Tagtäglich erleben wir rassistische Gewalt. Erschreckend ist die gesellschaftliche Zustimmung zur Ausgrenzung, Diskriminierung und Entrechtung von Menschen, die als »Ausländer« wahrgenommen werden. Damals waren es jüdische Menschen, die ausgegrenzt, diskriminiert, entrechtet und schließlich ermordet wurden. Aus der Erfahrung unseres Lebens sagen wir:

Nie mehr schweigen und wegsehen, wie und wo auch immer Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit hervortreten! Erinnern heißt handeln!«

Skandal in U-Bahnlinie 3: »Zigeuner im Zug!«

Fahrgäste der U-Bahnlinie U3 staunten nicht schlecht, als sie kürzlich gegen Mittag vom Zuführer per Lautsprecher gewarnt wurden: »Sehr geehrte Fahrgäste, bitte passen Sie auf Ihre Wertsachen auf. Es sind Zigeuner im Zug.« Gemeint war wohl eine Gruppe Musiker, die an der Haltestelle Landungsbrücken eingestiegen war. Hochbahnsprecher Christoph Kreienbaum kündigte an, den Fall zu untersuchen und gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen. **Mopo/hjm**

Redaktion: H.-J. Meyer

Nächster Redaktionsschluss ist Donnerstag, 10. Februar.
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

»Du musst ans Herz, dann macht der Kopf schon weiter«

Gedanken eines Überlebenden zur Geschichtsvermittlung nach ihm

Vor einem Jahr verstarb der Antifaschist und Überlebende mehrerer Konzentrationslager Willi Frohwein in Potsdam.

Die vielen Trauergäste und ihre unterschiedliche politische Herkunft bezeugten, welche Ausstrahlungskraft Willi Frohwein in seinem Umfeld hatte. Sogar eine Gruppe von jungen Menschen aus Lenge (Niedersachsen), wo eine Schule seit 2008 den Namen Frohwein trägt, reiste zur Beerdigung an.

Bis zuletzt war das Gründungsmitglied der brandenburgischen Landesvereinigung der VVN-BdA politisch aktiv, unermüdlich war er unterwegs, um die Fragen junger Menschen zu beantworten.

Das Erzählen war zuletzt Willi Frohweins Lebenssinn geworden. Es erleichterte ihm ein wenig die Last der traumatischen Erlebnisse, der Bilder, die er nicht mehr los würde, wie er es selber formulierte. Frohweins Erzählstil erschöpfte sich aber nicht in Monologen. Er wollte den Dialog und sprach in seinem berlinerischen Dialekt: »Ich möchte nicht, dass Euch die Beene einschlafen und darum sage ick immer, es ist besser euren Wissensbedarf abzudecken, dass ihr Fragen stellt, denn ihr habt ja überhaupt keine Beziehung zu dem System, ihr hört nur immer von den Schrecken, und ich vermeide och brutal zu sein, die Wahrheit ist selbst brutal. Aber man kann es auch so wiedergeben, dass sie ankommt, nachdenklich stimmt. Und das ist für mich sehr wesentlich. [...] Wir wollen versuchen, Fragen zu stellen, so stelle ich es mir vor, auf der Basis von Fragen.«

Zur Frage, wie die Erinnerungen der Überlebenden an die NS-Zeit weitergetragen werden können ohne Menschen wie ihn, sagte Willi Frohwein 2008 in einem Interview: »Wenn derjenige, der das macht [erzählt], emotional selber berührend ist, kann er es auch wiedergeben, ja. Natürlich ist das Wissenschaftliche ne Sache. Aber wissenschaftlich... von hier kommt du nicht nach hier.« (Willi zeigt mit



V.l.: Willi Frohwein, Günter Pappenheim und Rudi Slonina bei der Gründungskonferenz der VVN-BdA Brandenburg 2007.

der Hand auf seinen Kopf und dann auf seinen Bauch.) »Aber von hier kommst du nach da.« (Und dann in umgekehrter Richtung.) »Du musst ans Herz, dann macht der Kopf schon weiter. Und wenn die Schüler merken, der, der ihnen was erzählt, ist selber emotional irgendwie berührt, dann wird er 'nen ganz anderes Gehör kriegen, als wenn er das rational alles kriegt. Dann kann man die Schüler, auch wenn man selber nicht im Lager war, dazu bringen richtig zu zuhören.«

Jugend, Ausgrenzung und Widerstand

Willi Frohwein wurde am 27. März 1923 in Spandau geboren. Er wuchs in einer Arbeiterfamilie mit drei Geschwistern auf. Seine Mutter war Katholikin. Sein Vater war aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten, um die Ehe von der katholischen Kirche anerkennen zu lassen. Willi wurde katholisch erzogen.

Nach den antisemitischen Nürnberger Gesetzen zum so genannten Halbjuden gemacht, verlor der 12-jährige Willi Frohwein von einem Tag zum anderen seine Freunde in der Schule. Nach der Pogromnacht

1938 in Spandau, wurden er und seine Familie zunehmend ausgegrenzt und verfolgt. Seine Ausbildung zum Wäscher und Plätter durfte er nicht abschließen. Eine Flucht war der Familie aus finanziellen Gründen nicht möglich. 1942 wurde Willi Frohwein zur

Verhaftung und KZ

Zwangsarbeit in die Werkzeugmaschinenfabrik Sasse, wo er Munition polierte, dienstverpflichtet. Absichtlich produzierte er Ausschuss. Nach mehrmaliger Abmahnung durch die Firmenleitung entschloss er sich zur Flucht über die Schweizer Grenze.

Die Flucht misslang. Willi Frohwein wurde festgenommen und über Graz in das so genannte Arbeitserziehungslager Berlin-Wuhlheide gebracht. Von dort wurde er nach Auschwitz deportiert. Hier musste er in der »neuen Wäscherei« arbeiten, wo er mit dem Mithäftling Bruno Baum bekannt wurde, der in der benachbarten Elektrowerkstatt tätig war. Frohweins Überlebenswille und die Verketung mehrerer glücklicher Umstände retteten ihm das Leben. Seine Familie entkam dem Abtransport in ein Lager nur zufällig. Ver-

mutlich durch einen Brief der Mutter an den Lagerkommandanten wurde er selbst vor dem Abtransport zur Gaskammer in Birkenau bewahrt.

Im Januar 1945 musste Willi auf den so genannten Todesmarsch gehen. In offenen Kohlewaggons wurde er zusammen mit anderen Häftlingen in das KZ Mittelbaur-Dora deportiert, wo er an der »Wunderwaffe« V2 mitbauen sollte. Er wurde schließlich in Bergen-Belsen von britischen Soldaten befreit.

Befreiung und Antifa nach 1945

Nach 1945 arbeitete Willi Frohwein zunächst als Kriminalkommissar in Potsdam und war Mitglied der SED. Er beteiligte sich an der Gründung der Volkssolidarität, engagierte sich in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und später im Kreiskomitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer.

1966 sagte Willi Frohwein als Hauptbelastungszeuge im Prozess gegen den SS-Lagerarzt Dr. Horst Fischer aus, der ihn zweimal in Auschwitz selektiert hatte. Seit dieser Zeit sprach Willi Frohwein öffentlich von seinen Erlebnissen.

Die Stadt Potsdam ehrte ihn im Jahr 2005 gemeinsam mit Otto Wiesner durch einen Eintrag in das Goldene Buch der Stadt. Nach seinem Tod beschloss die Stadtverordnetenversammlung Potsdams eine Straße in der Nähe seines Wohnhauses nach ihm zu benennen. Der Beschluss muss allerdings noch umgesetzt werden.

Marcus Pilarski

Redaktion: Landesvorstand
VVN-BdA Land Brandenburg
Jägerstr. 36, 14467 Potsdam,
Tel.: (01 51) 53 62 44 40
Fax: (03 31) 280 58 81
E-Mail: brandenburg@vvn-bda.de
www.brandenburg.vvn-bda.de
Unser Spendenkonto: GLS Bank,
BLZ 430 609 67, Konto 1102 861 500